

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6, Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 03, Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 2,- G. wöchentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3,- G. monatl.; für Pommern 5,-. Foto, Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tagblatt.

27. Jahrgang

Mittwoch, den 4. März 1936

Nr. 54

Wie England sich sichern will
Londons Furcht vor einem Luftangriff
Genf erklärt: Frieden oder Oalsperra
Becks Besprechungen in Brüssel
Gericht über einen Wahl-Terror-Fall
Senats-Antwort auf Schul-Beschwerde

Londons Furcht vor einem Luftangriff - Der Inhalt des Weißbuchs

Wie England sich sichern will

Der Friedensappell an die Kriegführenden Parteien ist abgegangen. Erst zur Beantwortung bis zum 10. März...

Genf wurde beschlossen, die bisherigen Sanktionen bis zum Friedensschluss fortzuführen...

Die weitere Entwicklung ist natürlich noch vollkommen ungewiss, und es ist möglich, daß man mit längeren Verhandlungen rechnen muß...

Während in Genf verhandelt wird, den ostafrikanischen Krieg mit seinen bedenklichen europaischen Begleiterscheinungen zu liquidieren, ist in London das schon des öfteren angekündigte Weißbuch über die Aufrüstung veröffentlicht worden...

Das Weißbuch der Regierung Baldwin über die englischen Aufrüstungspläne wurde am Dienstag vormittag veröffentlicht. Es umfaßt 19 Seiten und gliedert sich in 62 Kapitel...

In einem weiteren Kapitel beschäftigt sich das Weißbuch mit den Rüstungen der anderen Länder. Den Anfang macht Deutschland. Der Herrauf bezügliche Absatz lautet: Die deutsche Wiederaufrüstung ist während des ganzen Jahres in einem stetigen, aber schnellen Grad vor sich gegangen...

Aber hinsichtlich der Einzelheiten bestehen noch viele Geheimnisse.

Im vergangenen März wurde die Dienstpflicht auf der Grundlage einer einjährigen Dienstzeit allgemein wiederhergestellt, und die Regierung kündigte eine Armee in einer Friedensstärke von 36 Divisionen mit 600.000 Mann an...

Das mit der deutschen Regierung am 18. Juni 1935 erzielte Flottenabkommen gehört insofern zu einer anderen Art, als es die Größe der deutschen Flotte auf ein bestimmtes Verhältnis zur Stärke der britischen Flottenkräfte begrenzt...

grenzung der Rüstungen zu fördern. Die in dem Weißbuch entwickelten Verteidigungsvorschläge dürften nicht als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß England die bisher verfolgte internationale Politik in irgendeiner Weise aufgeben...

Der zweite Teil des Weißbuchs entwickelt die bereits kurz gemeldeten eigentlichen Aufrüstungspläne sowie die Maßnahmen zur Zusammenfassung der drei Hauptwaffengattungen.

Die Vorschläge

Das Weißbuch der Regierung enthält folgende Vorschläge: Es ist beabsichtigt, im Jahre 1937 einen Anfang mit der Wiederaufrüstung der Flotte durch die Kiellegung von zwei Großkampfschiffen zu machen. Die Modernisierung der vorhandenen Schlachtschiffe wird fortgesetzt...

Die Modernisierung der Küstenverteidigung und der befestigten Häfen der Heimat und in Uebersee wird beschleunigt werden. Die Neuordnung der Luftabwehrverteidigung im Südosten Englands wird räumlich ausgedehnt werden, um so

wichtige industrielle Bezirke in der Mitte und im Norden des Landes mit einzubeziehen.

Für die Luftflotte werden vier neue Silbgeschwader geschaffen, die für die Zusammenarbeit mit der Territorialarmee gebildet werden. Das neue Programm wird die Frontstärke (die Stärke der ersten Linie in der Luft) auf 1750 Flugzeuge (unter Ausschluß der Luftflotte der Marine) bringen.

Das Weißbuch befaßt sich auch mit der industriellen Seite der Aufrüstung und erklärt, daß England sein Programm so durchführen müsse, daß die normale Wirtschaft nicht behindert werde. Dies erfordere eine sorgfältige Organisation und den Willen zur Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Werkstätten.

Große Aussprache zu erwarten

Nach der Veröffentlichung des Aufrüstungsweißbuchs sieht man jetzt der großen Unterhausausprache über das Aufrüstungsprogramm am kommenden Montag oder Dienstag mit großer Spannung entgegen. Wie verlautet, werden der Ministerpräsident Baldwin, der Schatzkanzler Neville Chamberlain und der Innenminister Sir John Simon die Hauptredner für die Regierung in der Aussprache sein...

Frieden oder Oalsperra

Die Bemühungen in Genf - Erklärungsfrist 12. März

Der Dreizehnerausschuß des Völkerbundsrats hat gestern nachmittag im Sinne der zwischen Eden und Plandin erzielten Einigung einen Appell an die Kriegführenden beschlossen. Die Entschließung des Dreizehnerausschusses hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Auftrages, den ihm der Völkerbundsrat in seiner Entschließung vom 19. Dezember erteilt hat, richtet der Dreizehnerausschuß einen dringenden Appell an die beiden Kriegführenden, sofort Verhandlungen im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste des Paktes zu eröffnen mit dem Ziel einer baldigen Einstellung der Feindseligkeiten. Der Dreizehnerausschuß wird sich am 10. März wieder versammeln, um von den Antworten der beiden Regierungen Kenntnis zu nehmen.“

Außerdem verlautet, daß sich die Sachverständigen auf ausländischen Wunsch des englischen Außenministers in der Zwischenzeit auch mit der Art der Durchführung der Fernverkehrsanktionen beschäftigen werden, damit diese Maßnahme gegebenenfalls sofort beschlossen werden könne.

Schlusnahme Frankreich-Italien

Der Sitzung des Ausschusses gingen Besprechungen zwischen dem französischen Außenminister und dem italienischen Vertreter voraus. Darauf ist am frühen Nachmittag zwischen dem französischen und dem englischen Außenminister eine Einigung über den Wortlaut des Appells erzielt worden. Dagegen sind weitergehende französische Vorschläge, die sich auf die gleichzeitige Aushebung der Sanktionen und auf die Anerkennung der durch den italienischen Vormarsch geschaffenen Lage bezogen, zurückgestellt worden. Dafür hat der englische Außenminister auf die Festsetzung einer Frist für die Beantwortung der Vorschläge - es war gestern auf englischer Seite von 48 Stunden gesprochen worden - verzichtet. In dem Appell wird lediglich der Wunsch nach baldiger Beantwortung ausgesprochen.

Der Regus bereit?

Obwohl amtlich dementiert worden ist, daß der Regus sich bereit erklärt habe, Friedensbedingungen zu erörtern, will der Korrespondent von Reuters wissen, daß die britische Regierung gewis... Führer ausgereicht habe, um festzustellen, ob der Regus bereit sei, Friedensverhandlungen aufzunehmen, und unter welchen Bedingungen. Amtlich, so sagt der Korrespondent hinzu, sei hierzu seitens der britischen Regierung keine Bestätigung zu erhalten.

Frankreich hofft auf Erfolg

In gut unterrichteten französischen Kreisen erklärte man Dienstag abend, daß die Stimmung in Genf französischerseits hinsichtlich des Erfolges des Aufrufes an die Kriegführenden Mächte wesentlich hoffnungsvoller sei als am Montag. Man habe nicht den Eindruck, als ob dieser Aufruf italienischerseits eine glatte Ablehnung erfahren werde.

Mussolini vor dem Ministerrat

In der Sitzung des italienischen Ministerrats am Dienstag, die zwei Stunden dauerte, hielt Mussolini eine Ansprache, in der er sich mit der militärischen Lage beschäftigte. Er verwies auch auf die am 18., 19. und 20. d. M. in Rom stattfindende italienisch-österreichisch-ungarische Zusammenkunft und erklärte: Das Zusammenreffen findet auf der Linie der römischen Protokolle statt, die in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens eine unübertreffliche Wirksamkeit zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Budapest, Wien und Rom gehabt haben.

Bezüglich der Flottenkonferenz kann, so sagte Mussolini zum Schluß, unsere Haltung nicht diejenigen überraschen, die sich der Erklärung unserer Delegationsführers in der Öffnungsansprache entsinnen. Eine politische Vereinbarung kann von Italien nicht unterzeichnet werden, wenn mit einer Verschärfung der Sanktionen gedroht wird oder sie begünstigt werden.

Auch die letzte Armee besiegt

Die Nordfront nunmehr aufgerollt

Nach den im italienischen Hauptquartier der Nordfront vorliegenden Meldungen ist die letzte abessinische Stellung an der Nordfront am Dienstag zusammengebrochen.

Die italienischen Truppen haben die Armee von Ras Surra in der Stärke von rund 30.000 Mann am linken abessinischen Flügel nach dreitägigen blutigen Kämpfen im Schiregebiet westlich von Aksum vernichtend geschlagen. Die Abessinier gehen diesen Meldungen zufolge, von italienischen Bombengeschwadern verfolgt, in wilder Flucht über den Kalasse-Fluß zurück. Die abessinischen Verluste sollen sehr schwer sein. Auf italienischer Seite waren an den Kampfhandlungen das 2. und 4. Armeekorps beteiligt.

Der Heeresbericht

Amtlicher italienischer Heeresbericht Nr. 144; Marschall Badoglio brachtet u. a.: Unsere Truppen setzten die Aufklärungsarbeiten auf den Feldern der Zembla-Schlacht fort, während die Flugzeuge die versprengten Feindstruppen nicht zur Ruhe kommen läßt. Der Feind versucht, über die zerstückelten Steilpfade des Zembla-Gebirges zu entkommen. Die Verheerungen, die die Niederlage in den Reihen des Feindes angerichtet hat, erweisen sich stündlich als schwerer, als zunächst angenommen. Der Feind verlor in der Schlacht mehrere tausend Soldaten. Unsere Verluste beziffern sich an Toten und Verwundeten auf 30 Offiziere, 450 Soldaten der Heimarmee und 110 Artillerie. Zwei italienische Flieger sind nicht zurückgekehrt. Zum erstenmal in der Geschichte des Kolonialkrieges wurde eine größere Aktion mit großen Truppenmassen durchgeführt unter gleichzeitiger Wirkung von Artillerie, Heeres-

und mittleren Kalibers und von Tankwagen, während der Himmel von einer Wolke von Flugzeugen verbunkelt war...

Welches sind die wahren Verluste?

Eine italienische Mitteilung

In einer amtlichen Mitteilung werden am Dienstag die Namen der italienischen Gefallenen in Ostafrika im Monat Februar veröffentlicht. Diese Verluste belaufen sich insgesamt auf 194 Mann, von denen 139 im Kampf fielen, 35 ihren Verwundungen erliegen sind und 30 durch Unglücksfälle oder Krankheit starben.

Außerdem enthält diese Verlustliste noch nicht die Verluste bei den letzten Kämpfen. Aber auch dann bleibt die außerordentlich hohe Differenz zwischen den (von uns wiederholt wiedergegebenen) Meldungen der Suezkanalgesellschaft und den amtlichen italienischen Berichten bestehen.

Die Abessinier dementieren

Entlassungsoskoffive im Süden?

Die Lage an der Nordfront ist infolge Ausbleibens von Meldungen trotz großer Spannungen in Abdis Abeba immer noch unklar. Von zuverlässiger amtlicher Seite wird noch mitgeteilt, daß der Amha Massif immer noch von abessinischen Truppen, die recht stark seien, gehalten werde.

Es wird in Abdis Abeba dementiert, daß die Sekeresgruppe des Ras Tassa von italienischen Truppen eingeschlossen sei. Nach Gerüchten soll an der Südfront Regelli bereits wieder von den italienischen Truppen wegen Versperrungsschwierigkeiten geräumt sein.

Am Konferenz in Rom

Italien-Ungarn-Desterreich / Die andere Seite tritt hervor

Mussolini hat am gestrigen Dienstag vor dem italienischen Ministerrat erklärt, daß am 18. 19. und 20. März in Rom eine italienisch-österreichisch-ungarische Zusammenkunft unter Beteiligung des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg, des österreichischen Außenministers Bergr-Waldeneck, des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös und des ungarischen Außenministers Kánya stattfinden wird.

Ungarn gern dabei

Der Vorstoß zum Zusammentritt der Konferenz geht von der italienischen Regierung aus. Zweck der Konferenz ist, wie ausdrücklich erklärt wird, den Gerüchten entgegenzutreten, die in Zusammenhang mit den Plänen des tschechischen Ministerpräsidenten aufgebracht seien.

Der Vorstoß zum Zusammentritt der Konferenz geht von der italienischen Regierung aus. Zweck der Konferenz ist, wie ausdrücklich erklärt wird, den Gerüchten entgegenzutreten, die in Zusammenhang mit den Plänen des tschechischen Ministerpräsidenten aufgebracht seien.

Eszen abgereist

Inflist wird in Wien mitgeteilt, daß Bischof von Eger Dienstag abends nach Rom abgereist ist.

Deutschland und Italien

In einer Botschaft an die Reichstagskammer sind, wie 'Echo de Paris' zu melden weiß, Gerüchte im Umgang, wonach es zwischen Italien und Deutschland in Kürze zu der Unterzeichnung einer Deklaration bezüglich Österreichs kommen soll.

Einigung bei den Staatsverhandlungen

Verständlichmachung in Ansehung gewonnen

Am Dienstagvormittag fand zwischen der japanischen und der amerikanischen Botschaft eine Verständlichmachung statt, in der die Japaner, wie früher berichtet, sich bereit erklärt haben, die Zahl der japanischen Soldaten auf 15.000 Mann herabzusetzen.

Der Bericht besagt, daß diese Verständlichmachung die beiden Hauptprobleme der Verhandlung, die der Einverständnisvertrag im Wege stehen, der Verständlichmachung soll eine Beilegung ermöglichen, die es Japan und den Vereinigten Staaten, dem Vertrag zu irgendeiner Zeit in der Zukunft beizutreten, beide Teile hätten wissen lassen, daß sie nicht untereinander stehen, um den Vertrag unmöglich zu machen, falls man sie zu nicht unterzeichnet.

Die Regierungskrise in Finnland

Verständlichmachung ist jedoch Botschaften ganz zufrieden

Das Verlangen nach Gewissheit: Die Sozialdemokratische Partei, mit der zur Zeit im Zusammenhang mit dem Rücktritt der finnischen Minister aus der Regierung Verhandlungen über den Eintritt in die Regierung geführt werden, hat am heutigen Ministerpräsidenten ein Schreiben geschickt, mit dem er aufgefordert wird, unter wachen sie in des Rücktritts zurücktreten möchte.

Vor Beendigung des finnischen Generalstreiks. Die nationalsozialistische Partei zeigt sich nicht für amtliche Verhandlungen des Reichsausschusses gegenüber interessiert. Ein

sind sofort zu einer Beratung zusammengetreten, um den Tag der offiziellen Beendigung des Generalstreiks festzusetzen und Wahlen auf Grund der alten Verfassung vorzubereiten. Es ist vorauszusetzen, daß diese Wahlen eine große nationalsozialistische Mehrheit bringen werden.

Arnold Zweig ausgebürgert

25 linksstehenden Persönlichkeiten wurde die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern hat folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt: Paul Beller; Wilhelm Chmara; Kurt Töberer; Emil Oskar Edel; Hans Walter Finsterbusch; Ernst Friedrich; Erich Goldbaum; Felix Halle; Dr. Falkenberg; Erich Hamburger; Dr. Hans Hirschfeld; Lothar Holland; Dr. Fritz Lachmann; Wolfgang Langhoff; Dr. Guido Lohmeyer; Rosa Levine geb. Brodie; Gustav Ludwig Rab, genannt Hartung; Bernhard Renne; Hippolit Riddede; Carl Raefschke; Heinz Pol; Ernst Schumacher; Herbert Stahl; Erich Wollenberg; Arnold Zweig.

Das Vermögen sämtlicher obengenannter Personen wird hiermit beschlagnahmt. Unter den diesmal Ausgebürgerten, die fast alle sozialdemokratisch oder kommunistischer Gesinnung und in den Parteien tätig waren, befinden sich der Dichter des 'Treit um den Terzanten Grischu', Arnold Zweig, sowie der bekannte Beethovenbiograph und Theaterintendant Paul Beller.

Vor der Kabinettsbildung in Tokio

Veränderungen im Kriegsrat

Nach der japanischen Nachrichtenagentur Domei steht die Ernennung des Ziegelbauers, die eine Voraussetzungen der weiteren Kabinettsbildung ist, unmittelbar bevor. Als aussichtsreichster Bewerber für diesen Posten wird der jetzige Hofminister Jujo genannt.

Sieben Kriegsrate zurückgetreten

Die Kriegsrate und Generale Abe, Hatajiri, Terachi, Kajasi, Arai, Nishi und Ueda sind geschlossen zurückgetreten, da sie sich für den Zustand in Tokio verantwortlich fühlen. In politischen Kreisen erklärt man, daß man mehr der Weg für neue Kräfte frei sei.

Nach Meldungen aus Tokio beschloß der japanische Geheimrat, die Aufständischen vor ein Kriegsgericht zu stellen. Sie sollen wegen militärischen Aufruhrs angeklagt werden.

Es sehen die Cortes aus

Das endgültige Wahlergebnis

Nach Beendigung des zweiten Wahlganges ergibt sich nunmehr ein ziemlich abschließendes Bild von den spanischen Landtagswahlen. Nach parteiamtlichen Zählungen sieht sich das neue Parlament wie folgt zusammen:

Linkspartheien: Sozialdemokraten 8 (bisher 6), Eizp, Linksrepublikaner 2, Republikanische Union 2, Katholische Link und andere regionalistische Linkgruppen 2, Kommunisten 15, Parteilose (den Arbeiterpartei nahe stehend) 5, marxistische Spitzengruppen 6 Eizp, insgesamt 54 Eizp.

Parteien der Mitte: Zentrum 19 (bisher 20) Eizp, Liga 11, Republik 5, Progressiven (Fortschrittler) 6, baskische Nationalisten 9, liberale Demokraten 1, Mittelparteien insgesamt 54 Eizp.

Rechtsparteien: Ceda (Recht. Volkspartei) 96 Eizp (bisher 134), Parteilose 12, Agrarier 11; Rechtsparteien insgesamt 121 Eizp.

Der Großkampf in Dänemark

Die Aussperrung der 12.000 - Regierung will eingreifen

Die große Arbeiter-Aussperrung in Dänemark, die auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes erfolgt, geht jetzt bereits in die zweite Woche. Von Seiten der Arbeiterpartei ist während dieser Zeit eine ununterbrochene Erhebung beobachtet worden, wenn auch die Erhebung gegen die Schlichter im Arbeiterlager sehr groß ist.

Am 15. März wieder Schlichtungsversuch im Streik. Der Reichsausschuss hat sich für die Einsetzung einer außerordentlichen Kommission zur Lösung des Streikproblems wieder ausgesprochen.

Die christliche Regierung hat durch ihren Premierminister gegen den Führer der christlichen Arbeiterpartei eine Verhaftungsbefehl erlassen, bei der nichtchristlichen Regierung ein Verhaftungsbefehl gegen den Führer der christlichen Arbeiterpartei erlassen wurde.

Gegen den Reichsausschuss. In Zusammenhang mit dem letzten Streik der christlichen Arbeiterpartei hat die Regierung eine Kommission ernannt, die sich mit dem Streikproblem befassen soll.

Belgien und Polen

Gemeinsame Tätigkeit zur Sicherung des Friedens

Auf einem zu Ehren des polnischen Außenministers Bed vom belgischen Ministerpräsidenten und Außenminister van Zeeland gegebenen Essen richtete Ministerpräsident van Zeeland an seinen Gast eine Ansprache, in der er auf die Beziehungen zwischen Polen und Belgien einging.

In seiner Erwiderung führte Außenminister Bed u. a. aus, in einem Augenblick allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes habe jeder noch so heuchelnde Fortschritt auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen seine Bedeutung, nicht nur durch seine unmittelbaren Wirkungen, sondern auch durch die Eröffnung neuer Ausblicke für eine noch ausgedehntere wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft.

In diesen Neben kommt ganz offen zum Ausdruck, daß es sich bei den Besprechungen Minister Bed's in Brüssel um höchst bedeutsame politische Fragen handelt. Der Hintergrund dieser Fragen, die in dem Bestreben auf möglichst enge Zusammenarbeit beider, ungefähr in gleicher Konstellation befindlichen, Staaten zur Sicherung des Friedens hinauslaufen, wird in einer Betrachtung des gut unterrichteten Warschauer 'Gaz' sehr ausführlich beleuchtet.

Polens Beziehungen zu Belgien waren immer die freundschaftlichsten und der Besuch des Ministers Bed in Brüssel wird gewiß dazu beitragen, diese Bande zu stärken und ihnen einen realen Wert zu verleihen. Man darf es als einen überaus glücklichen Schritt bezeichnen, daß unser Außenminister seinen ersten offiziellen Besuch im Westen gerade Belgien abstattet.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wird, so meint der 'Gaz' weiter, ein Meinungsaustausch erfolgen, welcher zu einer gewissen belgisch-polnischen Zusammenarbeit auf internationalem Gebiete führen kann.

Die Arbeitskämpfe in Polen

Der Streik in der Lodzer Textilindustrie

Der Streik in der Lodzer Textilindustrie ist noch immer in Ausdehnung begriffen. Zur Zeit streiken im Lodzer Textilindustriegebiet etwa 40.000 Arbeiter. In Lodz ruht die Arbeit in den meisten mittleren und kleineren Betrieben.

Schiedspruch für den Kohlenbergbau?

Gestern hat im polnischen Ministerium für Soziales eine Sitzung der außerordentlichen Schiedskommission über den Konflikt im Kohlenbergbau von Dombrowa und Krajan stattgefunden.

Die Regierungskrise in Athen

Kabinettsbildung wird endlich beschlossen

Die letzten Bemühungen des Königs zur Herbeiführung einer Zusammenarbeit zwischen den Venizelisten und der Konservativen scheinen keinen Erfolg gehabt zu haben. Der Führer der Konservativen, Sophoulis, hat beim König Einspruch gegen das vielfach behauptete Eingreifen der Militär erhoben.

Protest der Geschäftsleute

Für die Dauer von drei Stunden schlossen in Athen am Dienstag alle Geschäfte. Die Geschäftsleute wollten auf diese Weise dagegen Einspruch erheben, daß die Lösung der Frage der Regierungsbildung immer wieder hinausgeschoben wird.

Bier Stunden wüster Terror

Die Schreckensnacht in Stutthof / Wer sind die Täter?

Die Terrornacht von Stutthof ist schon Anfang Februar Gegenstand einer Gerichtsverhandlung gewesen. Die Dritte Zivilkammer des Landgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Euler hatte sich mit dem Klageanspruch zu befassen, den vier Arbeiter aus Stutthof erhoben hatten. Sie verlangten den Ersatz des Schadens, der ihnen in der Terrornacht, vom 6. zum 7. April, also in der Nacht vor der Volksstagswahl, von politischen Gegnern zugefügt worden ist. In der Verhandlung am 5. Februar wurde man sich einig, einen Kofalktermin festzusetzen. Das Gericht fuhr dann auch am Mittwoch, dem 26. Februar, nach Stutthof hinaus und hat sich die Wohnungen der geschädigten Arbeiter angesehen. Wir haben über die erste Verhandlung und über den Kofalktermin berichtet.

Die Terrornacht von Stutthof war besonders schlimm. Die Bande, die dort gewütet hat und die nach den Aussagen der Kläger unter der Leitung des damaligen SA-Sturmführers Gröning hand, hat in der Terrornacht schalteten und walteten können, so wie sie wollte. Es ist jetzt bereits durch das Gericht festgestellt, daß die ersten Überfälle auf die Wohnungen der Arbeiter gegen 11 Uhr begannen und die letzten Überfälle gegen 8 Uhr beendet waren.

Bier Stunden konnten also die Nationalsozialisten in Stutthof unter der absoluten Willkür der Terroristenbande.

In Stutthof ist ein Gendarmerieposten stationiert. Dieser Gendarmeriewachmeister heißt Klengendorf. Er wurde am gestrigen Dienstag als erster der Zeugen vor der gestern endgültig durchgeführten Beweisaufnahme vernommen.

Die Wohnung des Klengendorf liegt in nicht allzu großer Entfernung von der des Kriegsbeschädigten Duwensee, die außerordentlich schwer verwüestet wurde. Dort sind die Schäden jetzt noch nicht behoben, so daß sich das Gericht bei dem Kofalktermin einen Einblick in das Wüten der Bande in Stutthof verschaffen konnte. Bei Duwensee warf die Terroristenbande u. a. eine Holzbohle durch das Fenster in die Stube, wobei der 1 1/2 Jahre alte Sohn des Duwensee in seiner Wiege getroffen wurde. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß das Kind damals nicht getötet wurde. Gefährlich wurde auch bei den anderen Einwohnern gewütet. Bei dem Arbeiter Gustav Heinath war man in die Wohnung eingedrungen und hat dort alles kurz und klein geschlagen, was nicht niel- und nagelfest war. Außerdem stahlen die Täter 750 Gulden.

Wie schon erwähnt, wurde der Gendarmeriewachmeister Klengendorf in der gestrigen Verhandlung darüber befragt, ob er nicht habe eingreifen können, zumal der Kriegsbeschädigte Duwensee sich zu der Wohnung des Gendarmeriewachmeisters begeben und um Schutz nachgesucht hatte. Das gleiche haben auch Ehefrauen der überfallenen Arbeiter getan. Klengendorf erklärte, daß er nichts gehört habe, denn er sei auf verschiedenen Dienstreisen gewesen. Erst in den Morgenstunden, etwa um 4 Uhr, habe er von seiner Frau Nachricht bekommen, daß er in Stutthof gewünscht wurde. Dann sei er zum Kriegsbeschädigten Duwensee gegangen. Um diese Zeit war jedoch schon alles vorbei.

Man kann sich kaum einen Begriff davon machen, was die Banden in Stutthof, die Nationalsozialisten, in dieser Nacht ausgeübt haben.

Auf fast alle Geschädigten sind in der Nacht drei organisierte Überfälle verübt worden. Verschiedene Arbeiter haben aus irgend welchen Gründen nicht einmal auf Schadenersatz geklagt. Fast alle Männer, in deren Wohnung man eindrang, mußten flüchten. Verschiedene haben sich verdeckt. Einer hat die Nacht in einem Holzhaufen verdeckt zubringen müssen. Ein anderer suchte Unterschlupf bei einem Bekannten und lag die ganze Nacht unter dem Bett. Eine Frau, die mit einem einjährigen Kind schlief, lag bis zum Morgenrauen unter dem verhängten Tisch. Es ist verständlich, daß die Männer, die auf diese Art ihr Leben in Sicherheit bringen mußten, über diese Dinge nur ungern sprechen. Sie standen einer großen Uebermacht gegenüber und mußten gewärtig sein, schwer verletzt zu werden, wenn sie sich den Angreifern in offenem Kampf gestellt hätten. Typisch für die Einstellung der Bande ist das Erlebnis, das der 60 Jahre alte Zimmerer Nidel gehabt hat. Bei Nidel wohnt der Kläger Gustav Heinath. Nidel war in der betreffenden Nacht bereits zu Bett gegangen. Er wurde von seiner Tochter geweckt, zog sich notdürftig an und ging vor das Haus, um nachzusehen, was die Geräusche bedeuten sollten. Er trat draußen etwa fünf bis sechs Mann, und er fragte sie, was denn hier los sei. Darauf trat einer der Terroristen auf ihn zu und sagte: „Was hier los ist?“ und dabei schlug er mit einem Stock auf den 60 Jahre alten Mann ein. Ein anderer Kumpan sprang ebenfalls hinzu. Nidel wurde in seine Wohnung zurückgetrieben.

Das Gericht bemühte sich gestern, festzustellen, ob die Leute, die die Überfälle ausgeübt haben, aus Stutthof waren.

Die Kläger erklärten übereinstimmend, daß sie insbesondere den damaligen Sturmführer Gröning erkennen können.

Drei Stutthofer Einwohner, Eduard Klatt, Gustav Heinath und Kranke, standen in der fraglichen Nacht an dem Haus ihres Anwesens. Gustav Heinath bemerkte, wie der Sturmführer Gröning aus der Tür seiner Wohnung kam und eine Taschenlampe leuchtete. Er sah zwei weitere Personen, die sich auf dem Hof des Gröning versammelten und nahmen von dem Hofe in Richtung auf die Klatt. Die Täter waren meist in SA-Uniform. Die Terrorbande marschierte dann ab, Gröning voraus. Anschließend erfolgte der Überfall auf das Haus des Eduard Klatt.

Es war auch bei dieser Verhandlung ähnlich so wie in allen anderen Schadenersatzprozessen. Die beschuldigten SA-Leute bekräftigten ihre stereotype Antwort war:

„Ich weiß nicht!“ und „Nein!“

Ein klassischer Zeuge dafür war der SA-Mann Gustav Klänge. Klänge wohnt in dem Hause des Eduard Klatt. Als nun die ersten Überfälle erfolgt waren, nahm Frau Klatt ihr kleines Kind und machte bei dem Nachbar Klänge Unterschlupf, wohl in dem Glauben, daß man bei einem SA-Angehörigen nicht nach ihnen suchen werde. Klänge wollte zunächst von all diesem nichts wissen. Er erklärte, daß er geschlafen habe, während die Frau behauptet, daß Klänge einen Anzug anhatte, als sie zu ihm in die Wohnung kam. Diese Behauptung wurde auch durch andere Zeugen bestätigt. Rechtsanwalt Kamnitzer, der Rechtsbeistand der Kläger, fragte daraufhin, ob denn der SA-Mann Klänge in Kleidern zu schlafen pflege. Obwohl Klänge schwieg, daß er geschlafen habe, will er doch Trampeln gehört haben.

Einer der Besitzer, Amtsgerichtsrat Busch, fragte den Zeugen, wie er denn das Trampeln hören konnte, wenn er geschlafen habe. Schließlich sagte Amtsgerichtsrat Busch dem Zeugen auf den Kopf zu, daß er gelogen habe. Um die Wahrheitsliebe des SA-Mannes Klänge festzustellen, fragte daraufhin der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Euler, den Zeugen, wie sein Sturmführer heiße. Auch den Namen des Sturmführers wollte Klänge nicht kennen, worauf der frühere Sturmführer Gröning heringerufen und gefragt wurde, ob Klänge bei ihm im Sturm gewesen ist. Gröning bejahte. Man sieht also, was von den Aussagen solcher Leute vom Schlage Klänge zu halten ist.

Eine ähnliche klassische Zeugin war die 48 Jahre alte Modistin, geschiedene Frau Gerlich. Frau Gerlich ist russische Staatsangehörige. In ihr soll der Gemeindevorsteher Klaukowski gelagt haben, auf das Haus des Oppositionellen Mantau werde die SA keinen Überfall verüben, denn er (der Amtsvorsteher) habe der SA ein solches Vorgehen verboten, weil in dem Hause eine Frau ihre Niederkunft erwartete. Frau Gerlich tritt zunächst gänzlich ab, überhaupt mit dem Amtsvorsteher gesprochen zu haben, worauf Rechtsanwalt Kamnitzer der Zeugin auf den Kopf zusagte, daß der Amtsvorsteher selber betätigt hat, mit Frau Gerlich ein Gespräch geführt zu haben. Da, auf einmal, begann sich Frau Gerlich darauf, daß sie mit dem Amtsvorsteher gesprochen hatte, doch soll das Gesprächssthema ein ganz anderes gewesen sein. Frau Mantau und der ebenfalls als Zeuge vernommene Tischler Siemund bestätigten aber, daß Frau Gerlich zu Frau Mantau erzählt habe, daß sie mit dem Amtsvorsteher ein Gespräch des von den Klägern behaupteten Themas gehabt habe.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung wurde von Rechtsanwalt Kamnitzer wiederholt an den Amtsvorsteher Klaukowski die Frage gerichtet,

ob er mit den Zeugen gesprochen und von ihnen verlangt habe, daß sie nicht auslagen sollten.

Fast alle der gezeigten Zeugen brühten sich in dieser Sache äußerst vorsichtig aus. Einen ganz hilflosen Eindruck machte der Arbeiter Arthur Klatt, der schwer nervenkrank ist und der zu einem Bekannten gesagt hat, er werde die Unterstützung der Gemeinde verlieren, wenn er bei dem vorstehenden Termin auslage.

Von besonderer Wichtigkeit war die Vernehmung des Zeugen Sturmführer Gröning. Nach der Zivilprozessordnung besteht die Möglichkeit, daß ein Zeuge eine Aussage verweigern kann, wenn er sich der Gefahr einer strafbaren Handlung durch seine wahrheitsgemäße Aussage aussetzt. Der Sturmführer Gröning wurde darum von dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Euler, besonders eindringlich darauf hingewiesen, daß er von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch machen könne, wenn er bei den Terrorakten dabeigewesen ist. Sturmführer Gröning wurde über jeden der vier zur Verhandlung stehenden Terrorfälle einzeln befragt und

erklärte in allen vier Fällen, daß er die Aussage verweigere.

Es gab dann noch einen Zwischenfall, als zwei Frauen, die zu den klagenden Familien aus Stutthof gehörten, ohnmächtig wurden und aus dem Verhandlungsraum geschafft werden mußten.

Charakteristisch für den Wert der Zeugenaussagen der früheren SA-Leute ist auch die des eigens aus Pillau nach Danzig gekommenen SA-Mannes Gustav Kadtker. Er hatte sich anscheinend von vornherein auf das „Ich weiß nicht“ und „Nein“ eingestellt, daß er sogar nicht wußte, wo er im April 1935 gewohnt hat.

Vaterländische oder parteipolitische Feiern

Eine Antwort des Senats auf eine sozialdemokratische Beschwerde

Die Sozialdemokratische Partei der Freien Stadt Danzig hat dieser Tage vom Senat, Abteilung für Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Kirchwesen, einen Bescheid auf eine Eingabe erhalten, der wegen einer darin zum Ausdruck kommenden grundsätzlichen Auffassung der genannten Senatsabteilung bezüglich der Schulfeiern vom 30. Januar allgemeine Aufmerksamkeit verdient.

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hatte bekanntlich bereits vor Stattfinden der Schulfeiern am 30. Januar 1936 (Erinnerungstag der Machtergreifung der NSDAP im Reich) im Volkstag eine Große Anfrage an den Senat gerichtet, in der sie sich eingehend mit diesen Schulfeiern befaßte und den Standpunkt vertrat, daß es sich bei den genannten Feiern um Veranstaltungen mit parteipolitischem Charakter handle, was einen Verstoß gegen den Artikel 107 der Danziger Verfassung bedeute. Diese Anfrage ist zur Zeit noch nicht erledigt, da der Volkstag bisher nicht zusammengetreten ist. Sie behält selbstverständlich ihre grundsätzliche Bedeutung, weil die Möglichkeit der Wiederholung ähnlicher Feiern in Danziger Schulen durchaus besteht.

Die Sozialdemokratische Partei hat nach Stattfinden der Schulfeiern vom 30. Januar wegen eines besonderen Falles noch eine Eingabe an den Senat gerichtet, in der sie sich über das Verhalten eines Schulleiters beschwerte. In einem entlegenen Vorort Danzigs hat ein Schulleiter einen Jungen, der am 30. Januar, um 10 Uhr vormittags, mit Zustimmung seiner Eltern die Schule verließ, um der nach dem Unterricht stattfindenden Feier nicht beizuwohnen, durch einen Polizeibeamten unter Anwendung von Gewalt und trotz dem Protest des Jungen und der Eltern zur Feier zurückholten lassen und ihn zur Teilnahme gezwungen.

Die Sozialdemokratische Partei hatte nun an Hand dieses Falles eine Eingabe an den Senat, Schulabteilung, gerichtet, in der sie bat, den Fall im Hinblick auf Artikel 107 der Danziger Verfassung, der ausdrücklich die Verletzung von Gefühlen Andersdenkender untersagt, nachzuprüfen. Zunächst, so hieß es in der Eingabe weiter, sei aber zu verlangen, daß die Schüler nicht genötigt würden, an diesen Feiern teilzunehmen. Da die Bedeutung des historischen Datums, zu dessen Erinnerung die Feiern veranstaltet wurden, daß an diesem Tage der Anfang zu einem Regime gesetzt wurde, das in der Bekämpfung der sozialistischen Partei und ihrer Weltanschauung steife, so wurde in einer solchen Erinnerungsfeier eine absällige Stellungnahme zur sozialistischen Weltanschauung kaum vermieden werden. Es bedürfte eine nach Artikel 107 der Verfassung unzulässige Kränkung der Schüler, deren Eltern der Sozialdemokratischen Partei angehören oder nahestehen, wenn sie absällige Bemerkungen über die Weltanschauung ihrer Eltern äußern müßten. — In der Eingabe wurde darauf hingewiesen,

Der Zeuge Uhrmacher Franz hat bereits am Freitag einen Trupp Nationalsozialisten unter Führung des Sturmführers Gröning in Stutthof herumlaufen gesehen. Er wurde auch angehalten und beschimpft. Außerdem hat man ihm Prügel angedroht.

Diese Aussage des Uhrmachers Franz nahm Rechtsanwalt Willers zur Grundlage seines

Plädoyers.

Rechtsanwalt Willers war der Meinung, daß alles geschehen sei, um die Täter zu ermitteln. Keiner der Zeugen habe befunden können, wer den Schaden angerichtet habe. In erster Linie müßten nach dem Gesetz vom Jahre 1880 die Täter selber haften. Erst wenn keine Täter festgestellt werden können, muß die Gemeinde einpringen. Rechtsanwalt Willers war auch der Meinung, daß es sich um Leute handele, die von auswärts nach Stutthof gekommen sind. Sie hätten sich bereits am Freitag orientiert. Das werde durch die Aussage durch die Aussage des Uhrmachers Franz bestätigt. Der Sturmführer Gröning habe den von auswärts kommenden Tätern wohl die einzelnen Häuser bezeichnet, doch an den Terrorakten will er nicht beteiligt sein. Die Täter seien übrigens auf Rädern gekommen, denn die Räder sollen in der Nähe der Försterei abgestellt worden sein. Außerdem sei die Tat heimlich begangen, also stelle keine offene Gewalt im Sinne des Gesetzes dar. Die Staatsautorität sei sogar überrannt worden, denn die beiden Landjäger, Klenzendorf und Kuch, hätten die ganze Nacht patrouilliert. Rechtsanwalt Willers beantragte dann Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils und Klageabweisung.

Rechtsanwalt Kamnitzer

verglich das Wüten der Horde in der Bahlnacht in Stutthof mit der Verführungswut der Banden, doch meinte er, daß man den Banden noch etwas Unrecht tue, denn sie hätten ganz sicher nicht eine Wölfe in eine Kinderwiege hineingeschleudert. Eine solche Tat habe nichts Menschliches mehr an sich. Es falle außerdem auf, daß unter den Augen oder besser gesagt, unter den Ohren der Sicherheitsbehörden eine Horde durch das Dorf zieht und vier Stunden lang Gewalttaten verübt. Die Landjäger patrouillieren von Mittag bis in den frühen Morgen, aber nichts haben sie gehört. Sie haben außerdem Anweisung gehabt, auf der Hauptstraße zu patrouillieren, und die beiden Landjäger sind auch immer die Dorfstraße auf und ab gegangen. Es wäre besser gewesen, wenn sie sich schlafen gelegt hätten, denn gesehen und gehört hätten sie doch nichts. Eingeariffen haben sie auch nicht. Wenn sie nur ihre Blanke Waffe gezeigt hätten, dann wären die tapferen Mitglieder der Horde schleunigst ausgeriffen, denn Mut ist nie eine Eigenschaft solcher Leute gewesen, wie sie in Stutthof mitgewirkt haben. Auffällig seien die Vernehmungen des Amtsvorstehers in dieser Sache.

Von einem heimlichen Vorgehen der Täter könne keine Rede sein. Wahrscheinlich sei es so gewesen, daß, nachdem die Horde auf der einen Seite des Dorfes „gearbeitet“ hatte, sie in ruhigem Zuge an der Polizei vorbei an das andere Ende des Dorfes ging und heimlich tat. Dubsendweise sind Fenster Scheiben zertrümmert worden; selbst wenn man die Fenster Scheiben mit Glacehandschuhen einschlägt und auf Rechenstaben geht, klirren tun die Scheiben doch. Außerdem ist die Nacht nach den übereinstimmenden Berichten sehr still gewesen. Und in dieser stillen Nacht sind die Wachmeister einsam patrouillierend die Dorfstraße auf und ab gegangen, ohne zu hören, daß mehr als 100 Fenster Scheiben in Trümmer gingen. Hebrigens, so sagte Dr. Kamnitzer, lauchten die Räder, von denen Rechtsanwalt Willers sprach, nur in dessen Plädoyer auf. In der Beweisaufnahme seien sie nicht erwähnt worden. Der Sturmführer Gröning habe außerdem durch seine Zeugnisverweigerung zugegeben, daß er an den Vorfällen beteiligt gewesen sei. Rechtsanwalt Kamnitzer beantragte zum Schluß, die Verurteilung der Gemeinde Stutthof zu verwerfen.

Das Gericht setzte den Verkündungstermin auf Mittwoch, den 18. März, vormittags 10 Uhr, Zimmer 201, fest.

daß tatsächlich auch in einer großen Zahl von Danziger Schulen es den Schülern freigestellt worden sei, ob sie zu den Feiern gehen wollten.

Auf diese Eingabe hat der Senat, Schulabteilung, nun, wie folgt, geantwortet:

„Die Feier vom 30. Januar 1936 war eine allgemeine vaterländische Feier und keine parteipolitische Feier. Die Schüler waren deshalb verpflichtet, an dieser Feier teilzunehmen. Es stand nicht im Belieben der Eltern, ob sie ihre Kinder zu der Schulfeier schicken wollten oder nicht. Gleichwohl wäre es richtiger gewesen, wenn der Schulleiter sich darauf beschränkt hätte, die Eltern bzw. den Schüler zu warnen, inwieweit mißbillige ich den Verhalten.“

Was den ersten grundsätzlichen Teil der Antwort des Senats, Schulabteilung, betrifft, so erscheint der darin vertretene Standpunkt unverständlich. Wenn der Senat der Ansicht ist, daß es sich bei den Feiern vom 30. Januar um keine parteipolitischen, sondern um allgemeine vaterländische Feiern handele, so wissen wir nicht, wo und mit welchen Mitteln eine Grenze zwischen diesen beiden Begriffen gezogen werden kann. Tatsächlich beschäftigen sich die Feiern mit einem Ereignis im Deutschen Reich, zu dem Stellung zu nehmen nicht Aufgabe der Danziger sein kann. Reichsführer Hitler, der am 30. Januar im Reich an die Macht kam, ist auch der Parteiführer des Danziger Gaus der NSDAP, die im stärksten innenpolitischen Kampf gegen die übrigen Danziger Parteien steht, hinter denen — selbst nach der letzten Wahl — fast die Hälfte der Danziger Bevölkerung steht. Die Erfahrung zeigt auch, daß diese Tatsache in den Schulfeiern eine bedeutende Rolle gespielt hat. Insofern, als die Weltanschauungen der Gegner der NSDAP — ungeachtet ob sie Danziger oder Reichsdeutsche sind — angegriffen werden.

Die Frage der Schulfeiern dürfte deshalb auch nach dieser Antwort des Senats noch weiter Gegenstand grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Erörterungen bilden.

3 Jahre Zuchthaus

Der 36 Jahre alte Arbeiter Felix Gieske ist bereits vielfach vorbestraft und stand gestern wieder vor dem Schöffengericht, wo er sich wegen 5 einfacher und wegen eines schwereren Diebstahls zu verantworten hatte. Alle Diebstahle sind in kraßverbrecherischem Rückfalle begangen worden. Er hat alles gestohlen, was ihm unter die Hände kam, insbesondere bei Bauern. Am liebsten nahm er Hühner mit. Einmal rahl er ein Pferd, setzte sich darauf und ritt fort. Da ihm das Pferd aber niemand ablaufen wollte, ließ er es auf der Gasse wieder laufen.

Gieske wurde für schuldig befunden und zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde auf 2 Jahre Ehrverlust erkannt und gegen ihn die gesetzliche Sicherungsverwahrung ausgesprochen.

Ziegelpreise und Abwertung

Interessante Feststellungen

Vor einigen Tagen berichteten wir über die schwierige Lage, in der sich das Danziger Baugewerbe befindet. Aus dem Bericht der Handelskammer, den wir auszugeweiht veröffentlichten, ging hervor, daß die Bauaktivität in den letzten Jahren fast gänzlich zum Stillstand gekommen ist. Die Ursache dieser rückläufigen Bewegung ist die erhebliche Verteuerung der Baumaterialien nach der Guldenabwertung. Es hat sich auch auf dem Baumarkt gezeigt, daß die Guldenabwertung sich nicht zum Vorteil für die Danziger Bevölkerung ausgewirkt hat, obwohl der „Vorposten“ sich krampfhaft bemühte, die Bevölkerung vom Gegenteil zu überzeugen. Der Schaden, den die Danziger Wirtschaft genommen hat, ist unübersehbar. Jetzt ist es sogar gewissermaßen

gerichtlich autorisiert geworden, daß sich die Guldenabwertung für die Mehrheit der Volksgenossen zum Schaden ausgewirkt hat.

Diese Feststellung machten vor Gericht zwei hohe Danziger Beamte. Der eine war der Erste Staatsanwalt Muhl, der andere Landrat Andres.

Diese interessante Einsicht hatte man in einer Gerichtsverhandlung, in der der Ziegelbesitzer Kent aus Rathhof als Angeklagter vor Gericht erscheinen mußte. Kent war am 16. Oktober 1935 wegen ungerechtfertigter Preissteigerung um 1500 Gulden Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Willers II, Berufung gegen das Urteil eingelegt. Diese Berufungsverhandlung fand vor der fünften kleinen Strafkammer, Vorsitzender Landgerichtsrat Wieje, am gestrigen Montag statt. Interessant ist noch, festzustellen, daß auch der Angeklagte sowie sein Rechtsbeistand Nationalsozialisten sind. Die in der Verhandlung getroffenen Feststellungen über das Angelegenheit der Preise und den angerichteten Schaden für die Gesamtheit des Volkes sind also keine „Ordnungsnachrichten der Opposition“, sondern sie sind von Nationalsozialisten selbst getroffen worden.

Die Strafkammer hatte folgenden Tatbestand: Nach der Guldenabwertung wurde auch eine Preisverordnung auf dem Baumarkt herausgegeben. Der Preis für die Ziegelsteine, der vor der Guldenabwertung 30 Gulden für das Tausend betrug, wurde von dem damaligen Preiskommissar auf 48 Gulden festgelegt. Außerdem bestimmte der Preiskommissar, daß Aufschläge für besondere Eigenschaften zulässig seien. Diese Aufschläge betragen für rote Hintermauerungssteine und rote Verblendsteine 6—10 Gulden pro Tausend.

Es ist nun in der ganzen Danziger Bauwelt bekannt, daß die in Rathhof hergestellten Ziegelsteine die beste Qualität besitzen, die im Freistaat überhaupt möglich ist.

Eine ähnliche Qualität wird im ganzen Gebiet des früheren Westpreußen nur noch in Graudenz erreicht.

Der Ziegelbesitzer Kent, der das Glück hat, eine gute Ziegelfabrik zu besitzen, fühlte sich nun berechtigt, den in der Preisverordnung vorgesehenen Aufschlag zu nehmen. 48 Gulden waren damals als Höchstpreis für gewöhnliche Mauersteine festgelegt. Der Ziegelbesitzer Kent hätte bis zu 58 Gulden gehen können. Er verkaufte die Steine aber für 50 Gulden, und dadurch kam er auf die Angeklagtheit. Diese 50 Gulden waren ihm, wie er in der Verhandlung angab, sogar vom Landrat Andres genehmigt worden. Der Ziegelbesitzer Kent und Landrat Andres hatten nämlich wegen der Preissteigerung eine Unterredung, die das Ergebnis hatte, Kent könne seine Ware, wie sie aus dem Ofen kommt, für 50 Gulden das Tausend verkaufen. Es wurde in der gestrigen Verhandlung vom Verteidiger insbesondere noch darauf hingewiesen, daß die Betriebskosten des Ziegelbesitzers nach der Guldenabwertung erheblich gestiegen seien. Die Kohlen sind nach den Angaben des Ziegelbesitzers für die Qualität, die er verwenden muß, nun gutes Material zu liefern, um etwa 60 Proz. im Preise gestiegen.

Die Frage, die den Staatsanwalt besonders interessierte, war, ob der Ziegelbesitzer Kent übertriebene Geschäfte zum Schaden der Allgemeinheit getrieben habe. Da der Landrat Andres ebenfalls als Zeuge geladen war, wurde auch an ihn diese Frage gerichtet. Landrat Andres verneinte sie und stellte sich dadurch in Widerspruch zu dem Preiskommissar des Preiskommissars, des Diplomvolkswirts Tokarski, der die Prüfung über die angelegten Preissteigerungen in dem Rathhofer Ziegelbetriebe vorgenommen hatte.

Weiter stellt der Erste Staatsanwalt an den Landrat Andres folgende Frage: „Es kommt doch bei der Guldenabwertung für die Mehrheit der Volksgenossen zum Schaden ausgerechnet?“ Landrat Andres antwortete mit „Ja“.

Weiter wurde wiederholt die Frage aufgeworfen, ob die Anordnungen des Preiskommissars unüberwindlich waren, oder ob sie zu Unrecht den Preis festsetzten. Insbesondere interessierte die der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wieje, dafür, die Antworten der verschiedenen Zeugen, besonders diejenigen des Sachverständigen, gingen darauf hinaus, daß die Anordnungen des Preiskommissars nicht in allen Punkten klar genug abgefaßt seien. Die eingehende Beweisnahme führte denn auch zu der Feststellung, daß der Ziegelbesitzer sich nicht strafbar gemacht hat. Es erfolgt darum auch die Aufhebung des erkrankunglichen Urteils. Der Angeklagte wurde auf Antrag des Staatsanwalts auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Jahresfeier der P. O. D. Danzig

Als nach der nationalsozialistischen Revolution im Jahre 1933 die Nationalsozialisten ihren Vernichtungskrieg gegen alle, die nicht das Nationalsozialistische oder die christlichen Lehren, begannen, glückte es der sozialistischen Arbeiterbewegung einen Schlag zu versetzen zu lassen, von dem sie sich nicht mehr erholen würde. Es kam jedoch anders. Auch die großen Hoffnungen, die man sich an die Gewerkschaften der gesamten Jugend gestellt hatte, haben sich nicht bewährt. Die Vertreter der arbeitenden Jugend, die Sozialistische Arbeiter-Jugend, ist genau so vernichtet wie der P. O. D. Sie hat in diesen letzten drei Jahren geleidet und geschwiegt. Auch in dem Arbeiterort Ddra, wo die E. A. J. schon jahrelang eine der stärksten und aktivsten Organisationen besitzt, ist der Kampf der Nationalsozialisten nicht in Erfüllung gegangen. Es geht umher, daß heute die Hälfte der Arbeitergruppe, die noch länger besteht, auf Grund der sozialistischen Erziehung ihre Arbeit beginnt. In vergangenen Sommerferien ist im Stadtteil „Schwiegeler“, zusammen mit den Eltern, der einjährige Wettbewerb nach dem Jahre 1933. Im ersten Teil des Wettbewerbs gewann Arbeiterführer Fritz Brill zu den Gründern. Er sprach über die heutige Lage der Jugend, vor allem der arbeitenden Jugend, er schilderte die schrecklichen Hoffnungen, die die Nationalsozialisten sich in der Jugendzeit gemacht hatten und die niemals erfüllt werden würden. Im Gegenteil, große Teile der Jugend haben die Nationalsozialisten bereits abgestoßen geworfen. Auf die Sozialistische Arbeiter-Jugend eingewirkt, unterließ er sich nicht, die Bedeutung dieser Jugendzeit. Nichts wurde die E. A. J. erhalten lassen, was als ein wichtiger Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung der Jugend zu den Gründern

aktiv zu unterstützen. Annahmt wurde der Vortrag von Regitationen, Liedern und einem Sprechchor. Lange noch blieb man dann gemütlich beisammen. Die Veranstaltung der Ortsgruppe Ddra hat auch eine werbende Wirkung ausgeübt und wird mit dazu beitragen, neue Jugendliche der E. A. J. zuzuführen.

„Das halte ich für sehr bedenklich“

So urteilte ein Richter über Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes

Die Ehefrau R. ist bisher unbekannt. Sie hat einen Strafbefehl über 60 Gulden erhalten, weil sie den Stadtschreiber Hein vom Wohlfahrtsamt beleidigt habe. Sie stellt diese Beleidigungen in Abrede und hat gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt, der vor dem Amtsgericht für Strafsachen verhandelt wurde.

Die Angeklagte ist die Ehefrau eines Erwerbslosen. Ihre zukünftige Schwiegermutter wohnt bei ihnen zur Untermiete. Als der Erwerbslose im November vorigen Jahres einen neuen Fragebogen ausfüllen mußte, gab er an, daß seine Untermieterin ausgedungen sei. In Wirklichkeit hatte sie nur gekündigt und die Kündigung später zurückgenommen. Als das Wohlfahrtsamt dies erfuhr, sperrte es dem Erwerbslosen die Unterstüfung. Die Frau, die die Angelegenheit klarstellen wollte, suchte deshalb den Stadtschreiber Hein in seinem Amtszimmer im Wohlfahrtsamt auf. Hierbei sollen die beleidigenden Äußerungen gefallen sein. Der Vertreter der Anklage, Amtsanwaltschaftsrat Boehm, beantragte die gleiche Strafe, die im Strafbefehl angedroht war. Außerdem verlangte er Publikation des Urteils. Der Einzelrichter, Landgerichtsrat Brandt, kam dem Antrag nach.

Anschließend fand die zukünftige Schwiegermutter des Ehepaars R., die 5-jährige Anna R., vor Gericht. Auch sie hat einen Strafbefehl über 90 Gulden wegen Beleidigung des Stadtschreibers Hein erhalten. Das durch die Verhandlung entrollte Bild ergibt folgendes:

Das Wohlfahrtsamt war der Ansicht, daß Anna R. als Verlobte im gemeinsamen Haushalt mit ihren zukünftigen Schwiegereltern lebt! Es erkundigte sich daher bei der Frau, bei der die Angeklagte angeheiratet war, nach deren Verdienst. Hierüber war Anna R. empört und beklagte sich beim Stadtschreiber Hein. Dabei jollten auch die Worte gefallen sein: „Wenn Sie nicht für diesen Posten befähigt sind, so überlassen Sie die Arbeit denjenigen, die sich in der Lage eines Erwerbslosen hineinverbringen können.“ Auch soll die Angeklagte den Beamten für den Freitod eines Erwerbslosen, dem die Erwerbslosenunterstüfung gesperrt wurde, verantwortlich gemacht haben.

Bei dem Versuch, die Frage zu klären, ob das Wohlfahrtsamt tatsächlich eine Verlobte zu einem gemeinsamen Haushalt rechnet, erhält das Gericht durch den als Zeugen auftretenden Hein eine bejahende Antwort. Der Einzelrichter, Amtsanwaltschaftsrat Brandt, antwortet hierauf: „Das halte ich für sehr bedenklich.“ Außerdem soll sich die Angeklagte dadurch des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben, daß sie der Aufforderung des Beamten, den Raum zu verlassen, nicht nachgegeben ist. Doch ergeben sich dafür in der Gerichtsverhandlung keine Anhaltspunkte.

Der Vertreter der Anklage, Amtsanwaltschaftsrat Boehm, beantragte deshalb wegen Hausfriedensbruchs Freistrafe, wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 60 Gulden und die Publikationsbefugnis. Landgerichtsrat Brandt als Einzelrichter verurteilte die Angeklagte wegen Beleidigung um 30 Gulden Geldstrafe, von der übrigen Anklage wurde sie freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Richter an, daß das Gericht das Verhalten des Wohlfahrtsamtes gemeinlich war nach den Grundsätzen einer Verlobten zum gemeinsamen Haushalt ihrer zukünftigen Schwiegereltern — nicht als richtig ansehe. Das Wohlfahrtsamt müsse daher damit rechnen, daß sich die Verlobten beiderseits trennen. In diesem Falle sei die Angeklagte aber über das Ziel hinausgeschossen. Das Gericht halte ihr aber die bisherige Unbeholfenheit und die Erregung zugute und halte deshalb eine Geldstrafe von 30 Gulden für angemessen.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang: Am 1. März: 1. „Silesia“ (111) von Gdynia, 2. „Silesia“ (112) von Gdynia, 3. „Silesia“ (113) von Gdynia, 4. „Silesia“ (114) von Gdynia, 5. „Silesia“ (115) von Gdynia, 6. „Silesia“ (116) von Gdynia, 7. „Silesia“ (117) von Gdynia, 8. „Silesia“ (118) von Gdynia, 9. „Silesia“ (119) von Gdynia, 10. „Silesia“ (120) von Gdynia.

Der Schiffsverkehr im Gdansk-Hafen

Eingang: Am 1. März: 1. „Silesia“ (111) von Gdynia, 2. „Silesia“ (112) von Gdynia, 3. „Silesia“ (113) von Gdynia, 4. „Silesia“ (114) von Gdynia, 5. „Silesia“ (115) von Gdynia, 6. „Silesia“ (116) von Gdynia, 7. „Silesia“ (117) von Gdynia, 8. „Silesia“ (118) von Gdynia, 9. „Silesia“ (119) von Gdynia, 10. „Silesia“ (120) von Gdynia.

In der vergangenen Woche. Die Lage der Arbeiter hier und anderswo gegen die Firma Hütte, Kattowitz, hat sich dem Landesarbeitsgericht unter Vorsitz von Landesarbeitsrat Bauer im Vergleichsweg übergeben. Die Arbeiter waren keineswegs wegen angeblicher „unrechtmäßiger Handreichungen“ entlassen worden. Der Arbeiter habe erfüllt den Lohn für 14 Tage, während der Arbeiter Hütte erfüllt auf mindestens vier Monate wieder eingestellt werden soll. Landesarbeitsrat Bauer II jollte als Vertreter der belagerten Firma Hütte Bericht auf dem Tisch.

Aus dem Osten

Weichfelschiffe

170 T. Gerste und 200 T. Schrot verkauft

Als sich vor einigen Tagen die Eismassen des Weichselstromes in Bewegung setzten, ereignete sich zwischen Schwes und Culm, etwa fünf Kilometer von Schwes entfernt, eine Schiffskatastrophe. Die losbrechenden Schollen rissen zwei auf der Culmer Seite stehende Lastfähne, die seit etwa drei Wochen dort festgemacht hatten, los und führten sie mit sich talwärts. Die Fähne, die sich mit einem Dampfer auf dem Wege nach Danzig befanden, mußten damals wegen des einsetzenden Treibeises ihre Reise unterbrechen. Da der Culmer Winterhafen bereit war, konnten sie dort keinen Schutz finden. Die Folgen der unvorhergesehenen Eispressung waren fatal. Der eine der fortgerissenen Lastfähnen, Eigentum des Josef Autokowli aus Thorn, versank mit samt seiner aus 170 Tonnen Gerste und 30 Tonnen Mehl bestehenden Ladung, während der zweite mit 200 Tonnen Schrot beladene Kahn gegen das linke Ufer gedrückt wurde. Der zu dem Schlepptzug gehörige Dampfer wurde auf einer Bühne, auf Strand geliegt und stark beschädigt. Die Befragungen der beiden Fähnen, sowie des Dampfers verlebten fürchterliche Augenblicke, entgingen jedoch wie durch ein Wunder dem Tode. Der verursachte Materialschaden ist groß. Er übersteigt auf jeden Fall 100 000 Zloty.

Konjervenfabrik in Willau niedergebrannt

Sämtliche Gebäude zerstört

In der erst im Herbst 1935 neu erbauten Konjervenfabrik am Hinterhofen in Willau brach Feuer aus. Die Flammen krähen sich am First des Daches schnell weiter. Die unter der Hitze plaghenden Konjerven- und Delbühnen verursachten einen raketenähnlichen Feuerfall. Im Verlaufe von etwa 40 Minuten — inzwischen waren sämtliche Feuerwehren Willaus an der Brandstelle in Tätigkeit — war jedoch die ganze Fabrik ein Flammenmeer. Die Explosionen der Büchsen und Delbehälter lam einem dauernden dumpfen Gewehrgelächter gleich. Durch diesen Brand wurden 120 Arbeiterinnen arbeitslos. Die Ursache des Feuers ist noch unbekannt.

Die Fabrik, die durch das schwere Schicksal in wenigen Stunden vernichtet wurde, ist im Herbst vorigen Jahres in neu errichteten Gebäuden eröffnet worden und beschäftigte täglich etwa 200 Zentner Sprossen zu Delfarbinen. Außerdem wurden Heringskonjerven in Tomaten hergestellt.

Erdböhe in der Ostpreussischen Schweiz

Anweit von Potogowo in der Ostpreussischen Schweiz befindet sich an den Mlezanische-Seen eine 50 Meter hohe Anhöhe, die „Pasta Gora“ (Vogelberg) genannt wird. Seit längerer Zeit haben die Einwohner der umliegenden Orte in gewissen Abständen Erdböhe am Fuße der Anhöhe wahrgenommen. Ähnliche Erhebungen sind bisher noch nicht durchgeföhrt worden, obwohl einzelne Personen behaupten, daß es sich um vulkanartige Erdböhe handeln joll.

„Die schwerste Beleidigung“

Vor dem Amtsgericht in Schlohan in Pommern wurde ein kennzeichnender Prozeß verhandelt. Der Angeklagte behauptete von dem Inhaber einer Konjervenfirma, er wäre Jude. Der Beleidigte konnte aber keine artliche Abkündigung nachweisen. Das Gericht sah eine bewusste Verächtlichmachung aus Konkurrenzgründen darin. Es sei die schwerste Beleidigung, welche heute einem Volksgenossen angedöhrt werden könne, wenn man ihn als Juden bezeichnet. Ein Jude sei ein Mensch zweiter Klasse. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis.

Großfeuer in Georgenburg

In Georgenburg an der Memel brach in der vergangenen Nacht in dem Hause, in dem sich die Räume der Filiale der litauischen Staatsbank und der litauischen Post befinden, ein Feuer aus. Es handelt sich um ein zweistöckiges, massives Gebäude, in dem auch der Leiter der Parteiliste sowie der „-direktor ihre Privatwohnungen haben. Aus Gdowo wurden vier Feuerwehrrkommandos zu Hilfe geschickt, die trotz der schlechten Wegeverhältnisse bald an der Brandstätte eintrafen und zusammen mit der örtlichen Feuerwehr und der Feuerwehr aus Edmalkeningen die Löschverhältnisse annahmen. Die Geldvorräte der Bank konnten in Sicherheit gebracht werden. Der Gesamtschaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht geklärt.

Wochenmarktpreise in Dirschau

Auf dem Wochenmarkt in Dirschau wurden folgende Durchschnittspreise notiert: Molkereiprodukte 1. Sorte 1,35—1,50 Zloty, Landbutter 1,20—1,30 Zloty, Eier 1,30—1,40 Zloty pro Hand, Kartoffeln 3 Gr. pro Pfund, 1,80—2,00 Zloty pro Zentner, frische Serringe 3 Pfund 50 Gr., geräucherter Serringe Stück 25 Gr., Wüdlinge 20—25 Gr. pro Stück, Sprossen 25 Gr. pro Pfund, Breittlinge 8 Pfund 50 Gr., Gänse 70—75 Gr., Enten 85—90 Gr. pro Pfund, Suppen-Gühner 2,50—2,80 Zloty, Puten 2,80 bis 3,50 Zloty pro Stück.

Höchstpreise für Fleisch überschritten

Zeitweilige Geschäftsschließung

Der Regierungspräsident in Allenstein teilt mit: In letzter Zeit haben verschiedene Fleischermeister in Bischofsheim versucht, die festgesetzten Höchstpreise für Rindfleisch zu umgehen, indem sie die Abgabe von Rindfleisch an Kunden verweigert haben, wenn sie erwarten war, daß die Kunden von den gesetzlichen Höchstpreisen Kenntnis hätten. Die Ueberschreitung der Höchstpreise erfolgte nur bei der Abgabe von Fleisch an Kunden, von denen keine Anzeige zu erwarten kam. — Die Preisüberwachungsstelle hat daher gegen die Fleischermeister Franz Zimmer, Anthe und Ley in Bischofsheim Ordnungsstrafen von je 50 Reichsmark festgelegt. Der Laden des Fleischermeisters Zimmermann ist aus dem gleichen Anlaß für die Dauer einer Woche geschlossen worden.

Schließung im Kreise Karthaus. Wie die PZL meldet, ist auf Grund der in den westlichen Gebieten Polens geltenden preussischen Gesetz für den gesamten Kreis Karthaus ein Geschäftsverbot erlassen worden.

Das tschechoslowakische Konsulat in Posen aufgegeben. Wie im Prager Anzeigblatt am Montag mitgeteilt wird, wurde das tschechoslowakische Konsulat in Posen aufgegeben. Es stellt am 25. März 1935 seine Tätigkeit ein. Sein bisheriger Amtsbereich wird der Generalkonsulats der tschechoslowakischen Republik in Danzig zugewiesen.

Die Mystik der japanischen Geheimbünde

Weitere Einzelheiten zu den Vorgängen in Tokio

Mit immer wachsender Klarheit erkennt man, daß der Putsch von Tokio durchaus das Werk der großen japanischen Geheimbünde ist, aber nicht ausschließlich, wie man angenommen hatte, das Werk des „Schwarzen Drachen“.

Der Selbstmord des Leutnants Kusufara

Unter den Experten der japanischen Delegation bei der Bononer Marine-Konferenz des Jahres 1930 war auch der Leutnant Kusufara. Als das Abkommen unterzeichnet war, durch welches der Entwicklung der japanischen Flotte Schranken auferlegt wurden, schloß sich Kusufara in seinem Hotelzimmer ein, leerte eine Flasche Whisky und beging Selbstmord, indem er sich, nach alter Samurai-Sitte, den Bauch mit seinem Offiziersdegen aufschnitt.

Ein Freund des glorreichen Soldaten, der Leutnant Mizuno, kam rasch genug an das Totenbett, um in einem Gefäß das anstehende Blut des Sterbenden zu sammeln; in tiefstem Geheimnis brachte er die Reliquie nach Tokio. Im November 1930 versammelten sich heimlich 23 Kameraden des Leutnants Kusufara, durchweg junge nationalpolitische Offiziere, und jeder öffnete sich eine Wunde, in die er einen Tropfen vom Blute Kusufaras eintreten ließ. Hierauf schworen die 23, die Regierung zu stürzen, die ihrer Meinung nach, das Land entehrte - das war die Geburtsstunde der „Kokumei-Domei“, der „Bruderschaft vom Blute“.

Der Herr Ministerpräsident wird gebeten, sich umzubringen!

In den Jahren 1930/32 ermordete die Bruderschaft 24 hochgeachtete Persönlichkeiten. Ihr letztes Opfer war Yenukai, der damalige Ministerpräsident. Vom Respekt zurückgehalten, den sie seinem hohen Alter zollten, wollten sie ihn nicht ermorden; sie ließen ihm also einen in Seidenpapier gewickelten Dolch auf den Schreibtisch legen und die kurze Mitteilung: „Der Mann, der Japan entehrt, kann Danks tun, indem er Selbstmord begeht.“ Drei Tage warteten sie - der Premierminister beging nicht Selbstmord. Am vierten Tage wurde er niedergeschossen. Die Täter, drei Terroristen, wurden zu milden Strafen verurteilt, da das Verbrechen die edlen Motive zu achten erklärte, die sie zu ihrer Tat getrieben hatten.

Rassenterror und Terroristen in Masse

Nach dem Tode Yenukais verschwanden die „Kokumei-Domei“ sehr bald, fanden aber zahlreiche Nachahmer, die romantische Benennungen, „Schwarze Leuhen“, „Mäher des letzten Tages“, „Brennende Herzen“, „Bruderschaft vom Heiligen Lotus“, sich aber trotz dieser romantischen modernsten Technik bedienen und stets über Maschinengewehre allerersten Modells verfügen, über die raffiniertesten chinesischen Geheimgeräte und die festschließendsten Panzerautos. Ihre geheimen Papiere verstecken sie nicht in Ruinen, sondern viel bequemer und sicherer, in Bank-Safes. Ihr Programm läßt sich im Wesentlichen in drei Punkten zusammenfassen: 1. Kampf gegen jede Regierung, die den Eroberungskrieg in China und Rußland zurückweist; 2. Kampf gegen den Marxismus; 3. Kampf gegen die großen Wirtschaftskrisen.

Bushido, das blutige Sittengesetz

Sachverständige sind der Ansicht, daß die Geheimbewegungen seit 1933 derartigen Aufschwung gewonnen haben, daß ihnen heute mindestens 35 Prozent der japanischen Offiziere angehören, die alle den uralten, grauenamen Sittensatz des Bushido hochhalten. Bushido verlangt die Aufrechterhaltung der alten Einfachheit der Sitten, die Mischung von Geld und Geldswert, Opfermut für Kaiser und Vaterland. Infolgedessen verlangen die Geheimbünde von jedem Reichen, der ihnen beiträgt, eine Spende, die nicht weniger als die Hälfte seines Vermögens beträgt.

Das Kapital der Geheimbünde soll enorm sein: man spricht von einer halben Milliarde Yen. Dieses Geld wird nicht nur zum Ankauf von Waffen aus Stahl verwendet, sondern auch zum Ankauf der viel gefährlicheren Papieren - die Geheimbünde verkaufen über eigene Zeitungen. Sie anerkennen die letzte Großmacht, und jede der wichtigeren Organisationen kann sich rühmen, ein „sympathisierendes“ Blatt zu haben.

Minister und Stars sterben

Die Geheimbünde terrorisieren nicht nur Staatsmänner, sondern wenden sich rückwärtslos gegen jeden, der ihnen irgendein im Wege zu stehen scheint. So ermordete im Jahre 1934 der „Schwarze Drache“ die Kinodiva Tsuru Aoki, die in Hollywood mit dem großen japanischen Schauspieler Sessue Hayakawa gedreht hatte. Nach ihrer Rückkehr nach Japan wurde sie die Geliebte des Prinzen Konoya, des Senatspräsidenten, und die Nationalisten beschuldigten sie, ihren Einfluß, der unbestreitbar war, zugunsten Amerikas auszunutzen. Eines Abends, im Theater, in ihrer Garderobe, erhielt der Star einen herrlichen Chrusanthemenstrauß, in dem sie folgenden Brief fand: „Wir bewundern Dein Talent, sind aber leider verpflichtet, es zu töten.“ Tsuru Aoki lachte hell auf, und jedermann, dem sie ihr Erlebnis erzählte, meinte, sie wolle amerikanische Reklamemethoden nach Japan importieren. Bereits am nächsten Morgen war sie tot.

Am 28. März 1935 wurde der Oberst Staatspolizei, Tsujita, der zahlreiche Geheimnisse der Bundeskanzler und den Bankier Suzuki küßte, auf den es die Terroristen besonders abgesehen hatten, nach vorangegangener Warnung, trotz aller Maßregeln, am angelegten Tage ermordet. Der Präsident war als Passagier in einem Flugzeug der Linie Tokio-Nagasaki, funktionierte, um dem Nord zu entgehen. Selbstmord durch Vergiftung, indem er ein Mittel gegen Scharlachfrucht einnahm, ein anwesender Arzt, sein Komplize, sollte den Tod sein. Die angebliche Leiche sollte nach Europa verschifft werden, aber der Pilot des Flugzeugs, ein Geheimhändler, zerstückelte sie.

So arbeiten die Geheimbünde. Geldmacht in ihrer Unantastbarkeit kämpfen sie um ihr Ziel, bemüht, den Ruf des Hauptmanns Aido zu verewlichen, eines der Mörder Yenukais.

„In zwanzig Jahren muß die aufgehende Sonne die ganze Welt erleuchten!“

Georges Rastel (M.P.).

Wieder ein Plan. Auf einer Schulungsstunde der Sanitätsdienstgemeinschaft Bau in München erklärte Hauptamtsleiter Claus Selzner, daß sich zur Zeit eine neue große

Aktion entwickle, die sich den Bestrebungen des Amtes für Schönheit der Arbeit hinzugeselle und unter dem Begriff „Schönheit der Wohnung“ durchgeführt werde. Auf persönliche Anordnung des Führers seien die Vorarbeiten aufgenommen worden. Ein Plan sei bereits aufgestellt, seine Entwicklung und Durchführung werde sich über zwei Jahrzehnte erstrecken.

Die Weibung im Fall Banasch

Die Weibung die päpstliche Souveränität bearbeitet

Die Einstellung des Landesverratsverfahrens gegen den Berliner Prälaten Banasch hat berechtigtes Aufsehen erregt, nachdem die nationalsozialistische Presse immer wieder über Banaschs angebliche „schwere Verbrechen an deutschen Völkern“ berichtet hatte. Bekanntlich wurde dem Prälaten vorgeworfen, daß er Material an eine ausländische Macht gegeben und einen Informationsdienst über das ganze Reich eingerichtet hätte. Die Behörden, die gegen Banasch einen polizeilichen Prozeß größten Formats starteten und damit den Katholizismus als „landesverräterisch“ brandmarken wollten, mußten bald einsehen, daß sich aus dem Material kein „Fall“ machen ließe.

Interessant ist nun, wie die Einstellung des Verfahrens begründet wird. Es heißt, daß Hitler sich selbst für die Angelegenheit interessiert habe und sich genau Bericht erstatten ließ. Als der Berliner Nuntius dann beim auswärtigen Amt Schritte unternahm und für den Prälaten intervenierte, mußte ja dem Vertreter des Vatikan gegenüber Stellung genommen werden. Vom auswärtigen Amt wurde angeordnet, den Prozeß nicht als Souverän im strengen Sinn des Völkerrechts zu betrachten. Er herrsche nicht über ein Volk im geschlossenen Raum eines Staates. Souverän sei der Prozeß nur als oberste Instanz der Katholiken der ganzen Welt. Diese Auffassung hat nun zur Folge, daß Banasch und seine Kollegen aus anderen Ländern Deutschlands nicht mehr des Landes- oder Hochverrats beschuldigt werden können.

Für Gefinnungsfreiheit

Ein französischer Aufruf

Das „Centre de Defense contre la Propagande d'Illicite en France“ hat einen großen Aufruf erlassen, in dem es sich gegen die Maßnahmen gegen Demokraten, Juden, Katholiken, Protestanten, Sozialisten, Pazifisten und Kommunisten in Deutschland wendet. Die Unterzeichner des Aufrufs erklären, sie hätten stets für die Verhinderung des Krieges und Deutschlands gekämpft, um einen neuen Krieg zu vermeiden. In denen, die heute im Dritten Reich den bekanntesten Maßnahmen ausgeübt sind, erblicken sie die Nachfolger Kant's, Goethe's, Schiller's, Beethoven's, Heines und die Freunde des genialen Albert Einstein und Thomas Mann. Das französische Volk wird aufgefordert, die Arbeit des „Centre de Defense contre la Propagande d'Illicite en France“ zu unterstützen und mit ihm für die zu kämpfen, die ihrer Gefinnung und Abstammung wegen leiden.

Dieser Appell haben unter anderem unterzeichnet: Deputyierter Leon Archimbaum, Berichterstatter für den Deeresetat; Pierre Cot, Deputyierter und ehemaliger Minister; Luftfahrtminister Marcel Deat; André Wides; Serapoin Elisabeth de Gramont; Renaud de Jouvenel; Leon Jouhaux; Paul Perrin, Deputyierter und Präsident der französischen Reserveoffiziere; Romain Rolland.

Der jüdische Weltkongreß

Laguna im August - umfangreiche Aufgaben

Vor Vertretern der englischen und amerikanischen Presse sprach Dr. R. Goldmann, der Delegierte der Jewish Agency beim Völkerverband, und Mr. Louis Lipsky, Ehrenpräsident der jüdischen Organisationen von Amerika und Vizepräsident des amerikanischen Jüdischen Kongresses über den kommenden jüdischen Weltkongreß.

Dr. Goldmann, der einen Überblick über die Lage der Juden in den führenden europäischen Ländern gab, teilte mit, daß der Weltkongreß für den August 1936 einberufen werden solle. Es würden etwa 300 Delegierte aus allen Ländern an ihm teilnehmen. Louis Lipsky äußerte sich dann über die brennende Notwendigkeit und die Ziele des Weltkongresses. Angesichts der enormen Verschlechterung der Situation der Juden in zahlreichen Ländern und der Ausbreitung der internationalen antisemitischen Propaganda müßten die Juden jetzt ihre eigene Verteidigung organisieren. Eine einheitliche jüdische Front sei unentbehrlich für eine wirksame Selbstverteidigung. Der jüdische Weltkongreß solle dem Zustand ein Ende machen, daß die öffentlichen Angelegenheiten des Judentums zumeist von Privatpersonen wahrgenommen werden.

Wo die Freikorpskämpfer bleiben

Nur örtliche Gruppen - Größerer Zusammenhang nicht zugelassen

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern teilte der Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes (Kriegerbund) e. V. mit:

„Die ehemaligen Mitglieder der durch die Reichsregierung aufgelösten Verbände der Nationalität und Freikorpskämpfer sollen im Reichskriegerbunde Aufnahme finden. Sie können sich sogleich bei den in ihrem Wohnort vorhandenen Kriegerkameradschaften zur Aufnahme melden, die unter den sachgemäßen Voraussetzungen erfolgt. Soweit die ehemaligen örtlichen Gruppen der genannten Verbände den Wunsch haben, als geschlossene Kameradschaften im Reichskriegerbunde fortzubestehen, oder sich eine größere Zahl am gleichen Ort wohnender Freikorpskämpfer zu besonderer zählbaren Kameradschaften zusammenschließen will, hat die Meldung schriftlich zu erfolgen. Weitergehende Zusammenkünfte zu Verbänden in größeren Gebieten des Reiches oder gar im ganzen Reich werden von der Reichsregierung nicht zugelassen.“

Starke Zunahme der amerikanischen Arbeitslosigkeit. Der amerikanische Gewerkschaftsverband veröffentlichte eine Aufstellung über die Arbeitsmarktlage in den Vereinigten Staaten, derzufolge die Zahl der Arbeitslosen im Januar 1936 auf 12.265.000 geschätzt wird. Gegen den Vormonat ergibt dies eine Zunahme um 1.229.000 Arbeitslose.

Wie lebt der deutsche Arbeiter?

Was die Statistik einer deutschen Wirtschaftszeitung zeigt

In deutschen Fachzeitschriften, von denen man in den maßgeblichen deutschen Kreisen anscheinend annimmt, daß sie nicht betart unter die breiten Massen dringen wie gewöhnliche Zeitungen, findet man auch heute noch vereinzelt aufschlußreiche Eingekündnisse, die durchaus geeignet sind, manche agitatorische Behauptung mit aller wissenschaftlichen Mäßigkeit ins rechte Licht zu setzen.

Da liegt uns z. B. eine Zeitschrift „Die deutsche Volkswirtschaft“ Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst, vor, die in ihrer Februar-Nummer sich in einem Artikel recht eingehend mit den Tendenzen im Nahrungsmittelverbrauch beschäftigt. Das dem Artikel beigegebene graphische Schaubild über den deutschen Fettverbrauch enthält einige Tatsachen, die mit der landläufigen nationalsozialistischen Agitation sehr stark im Widerspruch stehen. Es ist nämlich aus dem Schaubild zu ersehen, daß der Verbrauch an Margarine und Schmalz seit 1932 zurückgeht, wobei besonders auffällig ist, daß der Rückgang mit dem Jahre 1933 in scharfer Abwärtsturve sich ausdrückt.

In der nationalsozialistischen Agitation hatte man zur Entschuldigung der Butterknappheit behauptet, daß der Verbrauch sich von den genannten geringwertigeren Speisefetten auf die Butter verlagert hätte. Man hätte demgemäß nun erwarten sollen, daß die Kurve des Butterverbrauchs einen steilen Aufstieg anzeige. Da erlebt man aber eine große Ueberraschung. Es zeigt sich, daß der Butterverbrauch von 1932 bis 1935 ungefähr der gleiche geblieben ist. Auch der Artikel stellt nüchtern fest: „Der Gesamtbutterverbrauch dürfte sich jedenfalls von 1933 bis 1935 nicht wesentlich geändert haben.“ Diese Tatsachen sind jedenfalls sehr lehrreich. Sie zeigen, was von der behaupteten Hebung des Lebensniveaus des deutschen Volkes infolge der Arbeitsbeschäftigungspolitik wirklich zu halten ist.

Denn noch etwas sehr Aufschlußreiches ist dem Artikel weiter zu entnehmen, nämlich folgende Erklärung: „Im allgemeinen ist festzustellen, daß der bis 1932 gestiegene Gesamtvetterverbrauch seither gesunken ist.“ Also noch in der angelegentlich so schlimmen Krisenjahre unter den Enkheimregierungen stieg der Fettverbrauch. Als aber die Arbeitsbeschaffung im Dritten Reich einsetzte, von der man doch eine Ankurbelung hätte erwarten sollen, sank er. Da der Butterverbrauch ziemlich stabil geblieben ist, so kann man annehmen, daß die Schichten, die sich schon früher Butter leisten konnten, auch weiter dieselben Mengen verbrauchen. Der gesunkene Verbrauch an den Speisefetten, Margarine und Schmalz nämlich, die die Hauptrolle im Haushalt des Arbeiters spielen, beweist deshalb, daß die deutsche Arbeiterklasse sich in ihrem Fettverbrauch sehr einschränken mußte. Dadurch wird illustriert, wie sehr sich die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters verschlechtert hat. Dieses Tatsachenmaterial entstammt, wie gesagt, einer deutschen nationalsozialistischen Wirtschaftszeitung. Es enthält schlagartig, wie sehr die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Nationalsozialismus gesunken ist und wie sich die niedrigen Löhne auswirken. Denn als Deutschland eine bedeutend größere Arbeitslosenrate feststellte, was als jetzt, lag deren Fettverbrauch und damit ihre Lebenshaltung unvergleichlich höher als jetzt. Der gesunkene Fettverbrauch zeigt, daß die jetzigen Löhne in Deutschland es nicht gestatten, dafür soviel zu kaufen, wie früher für die Arbeitslosenunterstützung. Das ist eine außerordentlich bemerkenswerte Entwicklung.

Dominikanermönch begeht Selbstmord

Im Oldenburger Gefängnis erhängt aufgefunden

Der Dominikanermönch Thomas hat im Gefängnis von Oldenburg Selbstmord begangen. Vater Thomas, der als Prokurator eine gehobene Stellung in seinem Orden bekleidete, war letzten Herbst in einem Disziplinarprozeß zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Ueber sein Klotter verhängte das Gericht gleichzeitig größere Konfiskationen.

Nach Mitteilung der Gefängnisleitung machte während der Haft der Mönch zunehmende seelische Erschütterungen durch. Die Gefängnisverwaltung entzog ihm alle für seinen Selbstmord geeigneten Gegenstände, doch ließ man ihm zu Zeiten den Strick seiner Kette. In einem unbewachten Moment benützte Vater Thomas diesen Strick, um sich an dem Gitter der Zelle zu erhängen.

Nach Schweden nach Dänemark

Die Frage der Auslandsorganisationen der NSDAP.

Dem „Bötkischen Beobachter“ bereitet das Schicksal der nationalsozialistischen Auslandsgruppen ernste Sorgen. In systematischer Weise werden - so behauptet er - in den Ländern, deren Besetzung es gelatte, ein Netzketzen gegen die dort lebenden reichsdeutschen Nationalsozialisten eingeleitet. Die besondere Aufmerksamkeit des „Bötkischen Beobachters“ gilt jodann Dänemark, wo die Presse in bezug auf den Kopenhagener Korrespondenten des nationalsozialistischen Zentralorgans, den Mittelmeister A. D. Schäfer, von einem Falle Gustloff spricht. Schäfer, der Obmann der NSDAP-Ortsgruppe in Kopenhagen ist, wird in der dänischen Rechtsprechung als Leiter der gesamten geheimen Nazi-Propaganda in Dänemark bezeichnet. Daß auch Dänemark gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda gewisse Präventivmaßnahmen ergreifen könnte, fürchtet man um so mehr, als erst kürzlich aus Schweden drei führende Funktionäre der Auslandsorganisation ausgewiesen wurden.

Austritt von Beamten aus der NSDAP.

Was sie in Deutschland riskieren

In einem Hunderlag gibt der Reichs- und preussische Minister des Innern bekannt, daß künftig der Austritt eines Beamten aus der NSDAP, durch den Stellvertreter des Reichskanzlers Hitler in seiner Eigenschaft als Parteiführer der obersten Dienstbehörde des Beamten mitgeteilt werden wird. Ueber die Gründe, die zum Austritt führten, wird dann in jedem Falle eine eingehende Prüfung vorgenommen werden. Ist der Beamte ausgetreten, weil er das Programm oder die politische Haltung der Partei ablehnt, so wird er nicht Beamter bleiben können. Aber auch wenn dieses nicht der Fall sein sollte, kann der Austritt eines Beamten aus der Partei bei den engen Beziehungen zwischen Partei und Staat darauf schließen lassen, daß dem Beamten die innige Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Staat oder daß ihm jedenfalls der erforderliche Opfergeist fehlt. Er muß dann mindestens damit rechnen, daß er bei bevorzungen Beförderungen ausgeschlossen und bei normalen Beförderungen zurückgestellt werden wird. Wenn der Reichsminister sich schon zu solchen Erlassen, die doch eine warnende Wirkung haben sollen, entschließen muß, so kann man auf den Umfang der Austrittsbewegung bezeichnende Schlüsse ziehen. - Und daß bei den Beamten!

„Halten Sie mir die Beiträge niedrig“

Der Reichsverkehrsminister über Führerprinzip und Selbstverwaltung

Der Reichs- und Preussische Verkehrsminister Frhr. von Eick-Nibbenach hielt auf der Tagung der Reichsverkehrsgruppe Kraftfahrzeuge eine Rede, die mancherlei interessante Aufschlüsse über die Auswirkungs des Führerprinzips enthält. Wenn der Minister erklärt, daß er nicht wünsche, Schiedsrichter bei jeder Meinungsverschiedenheit zu sein, die zwischen Führern und Unterführern oder zwischen Unterführern und Geführten auftritt, wenn er sein Ministerium nicht zur Sammelstelle für allen kleinen Schutt machen will, wenn der Minister weiter erklärt, daß die Reichsverkehrsgruppen freie Selbstverwaltungskörper mit überwiegend eigenen Aufgaben sein sollen, die nur sparsam und nur in wirklich nötigen Angelegenheiten vom Reich zuzufügen als Auftragsverwaltungen in Anspruch genommen werden sollen, dann zeigen diese Ausführungen, wie es um all dies bestellt sein muß. Es müssen einige recht enttäuschende Erfahrungen vorliegen, wenn der Minister betont muß, daß über den Geschäftszimmern der Reichsverkehrsgruppen überall in unrichtiger Schrift das Wort stehen sollte: „Dienen, nicht herrschen.“ Der Führer solle mit den Menschen selbst, nicht mit Unterführern und Geschäftsführern in Berührung kommen. Am aufschlußreichsten ist allerdings der Appell des Ministers: „Halten Sie mir auch die Beiträge niedrig, meine Herren.“

Diese Ausführungen zeigen deutlich, daß das Führerprinzip die freie Selbstverwaltung ersetzt hat und an ihre Stelle eine Bürokratie getreten ist, die sich als Selbstzweck vorfindet und es keineswegs für nötig hält, sich mit denjenigen, deren Interessen sie wahrnehmen soll, in der notwendigen Weise in Verbindung und ins Benehmen zu setzen, die aber für sich selber Beiträge erhebt, die außer jedem Verhältnis zu ihren Leistungen stehen. Wie eine Kritik an manchen Maßnahmen der neueren Zeit mutet weiter der Satz an: „Es ist ein ganz wichtiger Grundsatz der Staatskunst: Man solle keine Gesetze machen, die man nicht durchführen kann!“ So zeigt auch diese Rede trotz aller Verheißungen vor dem Nationalsozialismus, daß gerade die Fachminister in Deutschland der nationalsozialistischen Gesellschaft, der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und den Auswirkungen des Führerprinzips mit Reserve und Kritik gegenüberstehen.

„Kaffe und Maschine innig verbunden“

Was Dr. Ley entdeckte

Anlässlich der Leipziger Messe veranstaltete die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP eine große Kundgebung, auf der auch Dr. Ley sprach. Dr. Ley wiederholte die schon oft vertretene Auffassung, daß der ungelernete Arbeiter verächtlich und jeder Deutsche ein Handwerk oder einen Beruf erlernen müsse. Bei dieser an sich durchaus idealen Forderung fehlt leider die nicht unwichtige Erklärung, wie es dem jungen Arbeiter, der so bald als möglich Geld verdienen und zum Unterhalt seiner Familie beitragen muß, wirtschaftlich ermöglicht werden soll, diese Lehrezeit durchzubringen. Dann verkündete Dr. Ley eine Neuentdeckung, für die ihm das unbedingte Vorrecht zusteht. Dr. Ley hat nämlich die „raffegemäße Arbeitmethode“ ausfindig gemacht. „Arbeitsmethoden fremder Völker und fremder Rassen lassen sich nicht auf unsere Rasse übertragen, denn jede Rasse habe eine bestimmte Rhythmik. Oberstes Gesetz sei es, den Takt der Maschine mit dem Rhythmus der Rasse in Einklang zu bringen. Nur dann, nicht aber mit der Ueberrahme einer Rationalisierungsmethode amerikanischer oder russischer Prägung sei die höchste Leistung zu erzielen.“ Das raffisch konstruierte laufende Band wird ja nun wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Was Minister Kerrel empfahl

„Ehrfurcht vor der Würde der autonomen Persönlichkeit“

In Berlin sprach Reichsminister Kerrel vor Studenten über Weltanschauung und religiöse Fragen. Dabei machte er u. a. folgende Ausführungen: „Ich achte den nicht hoch, der den Nächsten in dem beschimpft, was ihm heilig ist. Du hast nicht hineingegriffen in das Recht des einzelnen, du hast Ehrfurcht zu haben vor der Würde der autonomen Persönlichkeit.“ Solche Worte hört man gern! Da dieser Satz von einem hohen nationalsozialistischen Führer gesprochen ist, wird er hoffentlich auch von allen Anhängern der NSDAP gehört und befolgt werden. Hoffentlich bringen diese Worte des Ministers auch über die Reichsgrenzen bis in die Ohren mancher Danziger Zeitgenossen.

Das Liebeslied am Rio de Oro

Von Gary W. Hendrick

Totenstille lag über den Dünen des Atlantik. Kein Menschenlaut, kein Vogelruf weit und breit. Francis R. Knight von der Universität Yale wußte deshalb nicht recht, was er mit jenem unheimlichen Gesang anfangen sollte, den er nun schon zum dritten Male von Cap Blanc her vernommen hatte.

„Es klingt fast wie ein andalusisches Volkslied“, sagte er zu dem braunen Maurenknaben, der eines Abends in sein Lager gekommen und nicht mehr weggegangen war. Der Boy hoffte wohl, bei dem Amerikaner einen Karabiner zu erben. Dabei war er zu nichts gut, als Wächter in die Luft zu starren, das Feuer anzublauen und in den Sandhügeln herumzukletterern.

Was wußte dieser Junge von andalusischen Melodien, die sich in leuchtenden Aprilnächten mit der Klage der Winde und unruhiger Kampflüfte zu mengen pflegten? Er konnte die Halluzinationen seines Herzens nicht begreifen. Die Hölle schlacht des Rio de Oro, die vergeblich auf frischen Luftzug vom Meere her wartet, hatte noch nie das Echo einer lebendigen Stimme wiedergegeben. Vermutlich hatten die Sonnengeister den Versuch des Fremden gehört.

„Du wirst nach Äthiopien zurückwandern müssen“, erwiderte der junge Maure. „Die Sonnengeister sind beleidigt.“

Francis R. Knight war jedoch aus Colorado, USA, nach dem Osten gekommen, um dort Arbeiten auszuführen, die zwei Jahre seines Studienprogramms umfaßten. Er hatte an der Sahara-Seite des Rio de Oro die Bodenschichten zu untersuchen, in denen der Erdteil Afrika zum Atlantischen Ozean abfällt. Diese Aufgabe wollte er zu Ende führen, und feinerlei unheimliche Stimmen konnten ihn daran hindern.

Eines Abends trug der Wind wieder den unsterblichen Gesang über die Dünen. Er klang weich und unendlich traurig. Diesmal bin ich sicher, dort singt ein Mann“, sagte Francis R. Knight.

Es wurde dunkel. Die Nacht wurde nur durch die silbernen Wellen erhellt, die mit dem Winde herandröhren. Da plötzlich, als hätte die Stimme die Finsternis abgemartet, begannen die Worte dieses Liedes deutlich zu werden:

„Für dich, für meine Taube, ferne ich hinter den Wittern meines Kerkers.“

Der Maurenjunge widersprach nicht mehr. Der Gesang war nirgendwo fehlzulegen, der Sänger konnte an allen Dr-

Aus aller Welt

Großer Fabrikbrand in Lodz

Die Fabrik der Firma „Paw“ ausgebrannt — 150 000 Zloty Brandschaden

Vormittags um 11 Uhr bemerkte man, daß aus den Fabrikräumen der Firma „Paw“ Rauch drang. Es wurde sofort die Feuerwehr in Kenntnis gesetzt, deren Löschzüge bald am Brandplatz erschienen. Es erwies sich, daß das zweistöckige Fabrikgebäude der Firma „Paw“ in Flammen stand. Das Feuer hatte sich bereits so weit ausgebreitet, daß auch schon die Dächer der Nachbarhäuser in Brand geraten waren.

Das Feuer breitete sich in bedrohlicher Weise aus, während gleichzeitig die Löschaktion der Feuerwehr infolge des engen Hofes sehr erschwert wurde. Der Bewohner der Nachbarhäuser bemächtigte sich

eine große Panik;

man begann bereits die Sachen zusammenzubacken. Inzwischen stand der erste und zweite Stock des Fabrikgebäudes bereits in hellen Flammen. Da ein Eindringen in das Gebäude nicht möglich war, wurden in dasselbe Öffnungen gebohrt und Wasserstrahlen in den Brandherd hineingeschleudert. Das Feuer hatte sich inzwischen auch auf das Dachgeschloß durchgegriffen. Es wurden daher auch in das Dach geschossen durchgeschlagen, um auch hier dem Brand beikommen zu können. Nach etwa zweistündiger Löschaktion war das Feuer unterdrückt. Das erste und das zweite Stockwerk, in welchem sich die Fabrikäle mit den Maschinen befanden, sind jedoch völlig ausgebrannt. Außer den Maschinen ist auch eine größere Menge verschiedener Rohstoffe dem Brand zum Opfer gefallen. Kinnagen konnte das im Parterre gelegene Warenlager gerettet werden, doch haben die hier aufgestapelten Waren durch Wasser stark gelitten.

Wie die angestellten Nachforschungen ergaben, ist das Feuer in dem im zweiten Stock befindlichen Büroraum der Fabrik entstanden, breitete sich von hier auf das ganze Stockwerk aus und griff dann auf das untere erste Stockwerk über. Den bisherigen provisorischen Berechnungen zufolge

bürfte der Brandschaden gegen 150 000 Zloty betragen.

Die Fabrik war jedoch in mehreren Feuerversicherungs-gesellschaften versichert. Der Besitzer der Fabrik heißt Karnowski. In der Fabrik waren 100 Arbeiter beschäftigt, die nun ihre Arbeitsstätte verloren haben.

Er brauchte Geld für den Spielfuß

Am Kurfürstendamm in Berlin wurde der 63jährige Heinrich Klingenberg festgenommen. Er hatte es trotz seines hohen Alters verstanden, zwei Frauen, denen er sich als aufstrebender Verleger vorstellte, so für sich zu gewinnen, daß sie ihm bedenkenlos über 8000 Mark aushändigten. Als die Beamten ihn in seiner Wohnung aufsuchten, fanden sie bei ihm zwar keinen Pfennig von dem Geld mehr vor. Es konnten aber doch vier weitere heiratslustige Frauen durch die rechtzeitige Festnahme des Hochstaplers vor Verlusten bewahrt bleiben.

Klingenberg, der zeitweilig die Bekanntheit von sechs „Bräuten“ hatte, ging stets mit phantastischen Zahlen um. Zur Inbetriebnahme seines „Chromoplast-Verlages“, dessen Lager allein über 120 000 Mark Wert habe, benötige er einige tausend Mark. Sobald er dann das Geld in Händen hatte, fuhr er nach Zoppot oder Baden-Baden und spielte dort den großen Mann.

Das Unglück im Steinbruch Lafschhof vor Gericht

Am Dienstagvormittag begann vor der Hirschberger Großen Strafkammer die Verhandlung wegen des juchbaren Unglücks in dem Steinbruch Lafschhof bei Neudorf an der Kothach im Kreise Goldberg. Bekanntlich stürzte am 8. August 1935 eine große Felsmasse von der oberen Sohle des Steinbruchs ab und begrub 20 Arbeiter unter sich. Elf Arbeiter wurden dabei getötet und neun schwer verletzt.

Der Bruchmeister Max Schulze, der Betriebsdirektor Johannes Frenzel, der Vorarbeiter Otto Schulze, ein Sohn des Erstgenannten, und der Arbeiter Ernst Reischebe sind angeklagt,

dieses Unglück durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben. Die Anklageschrift legt den Angeklagten fahrlässige Zötung und fahrlässige Körperverletzung, sowie Verletzung der Berufspflicht, drei Angeklagten außerdem noch Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zur Last.

Die ersten Mandelbäume blühen

Die milde Witterung der letzten Tage hat die schon in den verhältnismäßig warmen Wochen vor dem letzten Frost entwickelten Knospen der vorderpommerschen Mandelbäume sehr gefördert. In den geschützten Lagen von Rantkau sind bereits die ersten Knospen geöffnet. Die Mandelbäume von Gimmeldingen und Königsbach, die zahlreiche Knospen aufweisen, sind allerdings noch nicht so weit vorgeschritten. In wärmeren Lagen werden aber auch sie im vollen Schmuck der Blüten stehen.

Feuer in Bacariberg

Vier Bauerngehöfte vernichtet

In Ueberfassen, einer Ortschaft im Bezirk Feldkirch (Vorarlberg) brach am Dienstagabend ein Großfeuer aus, dem vier Bauerngehöfte mit Wirtschaftsgebäuden zum Opfer fielen. Der Gesamt Schaden beträgt, gering gerechnet, 70 000 Schilling. Fünf Familien sind obdachlos. Es wird Brandlegung vermutet.

Selbstmord im Untersuchungsgefängnis

Die Polizeidirektion München teilt mit: Der wegen dringenden Verdachts des Mordes an seinem Vater in Untersuchungshaft befindliche Ziephan Kerper hat sich in der Nacht zum Dienstag im Polizeigefängnis erhängt. Der Selbstmord des jungen Kerper steht zweifellos mit dem in der letzten Zeit gegen ihn beigebrachten Belastungsmaterial im Zusammenhang.

Kerper ist höchstwahrscheinlich in der Nacht zum 2. Februar 1936 zum Mörder seines Vaters, des Kunstmalers Friedrich Kerper, geworden, möglicherweise, um sich in den Besitz des väterlichen Erbes zu setzen.

Ein Lied tötet 18 Personen

Der Erzbischof von Budapest, Cardinal Seredi, versucht, mit einem Brief eine merkwürdige Selbstmord-Epidemie aufzuhalten. Die Polizei sieht bei ihrer Untersuchung über den Inhalt dieser Selbstmorde auf das Lied „Düsterer Sonntag“, das ein trauriger Text und zermürbende Melodie hat, die den Tod von achtzehn Personen verantwortungsvoll macht. Die Polizei fordert Unterdrückung dieses Liedes, das eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sei. Das Lied hat folgenden Wortlaut: „Mit hundert weichen Knien wartete ich gestern auf dich, mit Gebet in meiner Seele wartete ich. Mit gesperrten Lippen wartete ich auf einen Sonntagmorgen. Das Gefühl meiner Betrübnis kam ohne dich zurück. Seit dieser Stunde sind meine Sonntage düster. Tränen sind mein einziger Trank und Trübsal ist mein Brot. (Nefrain.) In meinem letzten Sonntag, meine Liebe, wirst du zu mir kommen. Dort wird sein ein Sara, ein Katakomb und ein Leichentuch. Es wird ein Satz sein, bedeckt mit Blumen und einem Blumenbaum. Hier werde ich auf meiner letzten Reise liegen. Meine Augen werden offen sein, dich zu schauen. Denn selbst im Tode werde ich dich sehen an meinem letzten Sonntag.“ Um dieses Lied zu unterdrücken, haben die Behörden ein Anti-Selbstmord-Büro geschaffen. Das Lied hat einen ähnlichen Erfolg wie die „Liedern des jungen Werther“ und die Vesperpredigten zur Zeit der Weisker im Mittelalter.

Großfürstin Anriß gestorben. In der Nacht zum Montag ist in Amorbach (Odenwald) die Großfürstin Anriß in der Villa ihres Schwiegervaters, des Erbprinzen zu Weimern, verstorben. Sie war in zweiter Ehe die Frau des Großfürsten Anriß Wladimirowitsch, der sich selbst im Jahre 1924 in der Emigration zum Kaiser aller Russen ernannte.

ten zugleich sein. Doch die Melodie rief die Erinnerung an das Land wach, aus dem er offenbar verbannt war.

Knight versuchte in seinem Gedächtnis nach Erzählungen, die er gehört hatte: an einem einsamen Punkte der Hölle küste sollen geheimnisvolle Gesangene haften, welche die Spanier bei ihren Kämpfen gegen die marokkanischen Stämme verloren haben. Alle Vierteljahr wird der Windhaas von diesen armen Soldaten in der großen Madrider Presse von neuem wachgerufen. In einer Bar an der Puerta del Sol hatte ihm ein Journalist erzählt, daß unruhige Katalanen und Andalusier in den Sandwüsten Marokkos verschmachteten. Reisende hätten in manchen hellen Nächten den Gesang der Verbannten gehört. Die Sachlage war klar.

„Hast du niemals spanische Soldaten in deinen Zellen gesehen?“ fragte der Student den Mauren.

„Spanische Soldaten? Wie sollen denn die gefesselt gewesen sein?“

„Oh, jetzt wird sie nichts mehr von euch unterscheiden. Ihre Uniformen haben sie länger verloren.“

„Ich habe niemals vor dir einen Weissen gesehen.“

Francis R. Knight wurde von dem Bild des Andalusiers beisehen, der aus dem Kerker die Nieder seiner Heimat in die Nacht hinausgeschickte. Er vergaß die Probleme der afrikanischen Bodenschichten und träumte von dem Ruhm, der sich erwerben ließ, wenn er einer Newyorker Agentur innerhalb von 48 Stunden fabeln könnte, er, Francis R. Knight, von der Universität Yale, habe den ersten Gefangenen in der Bütte entdeckt.

Der Maurenjunge begleitete ihn am nächsten Abend bis zu der Stelle, wo das Cap Blanc ins Meer trat. Dann entfernte er sich und verschwand in der ersten Dämmerung. Der neue Reporter aber rutschte mehrere Stunden lang auf dem Bauch vorwärts, bis er eine große Ueberraschung erlebte. Er erblickte plötzlich ein Kanu-Lager, daß er in dieser Einsamkeit nie vermutet hätte. War doch die Küste zur Fischerrei so wenig geeignet, daß sie sogar die Anrager, den Fischerstamm von Cap Timili, entmutigt hätte.

Eine Anzahl nackter Mauren erschienen und rief die Boote ins Meer. Eines nach dem anderen stülte über die Wellen davon. Zu welchem Nützigen zogen sie aus? Die Stunde war etwas ungewöhnlich.

In dem Wirrwarr der Stimmen, die vom Wasser her ertönten, hörte Francis R. Knight plötzlich das Liebeslied des Gefangenen. Gleich darauf bemerkte er am Horizont den Rauch eines Dampfers. Die Barken fuhren auf ihn zu. Der amerikanische Geologe isolierte seinen journalistischen Eingebungen. Das war gewiß ein Dampfer aus Antwerpen, der von den Kanarischen Inseln kam, um an diesem

einsamen Punkte der Sahara-Mitte Gewehre und Munition für die Anhänger des Zukans anzuladen. Der spanische Gefangene schien als Vermittlung zu dienen.

Die Stunde der sensationellen Nachricht hatte geschlagen. Der Amerikaner zückte Meißel und Notizbuch. Die Rückfahrt vom Dampfer dauerte ziemlich lange. Der Wind hielt die Ruderhaken auf. Schließlich liefen die ersten Boote auf den Sand. Ein Licht fiel auf einen Haufen von Kassetten und Beschältern. Knight näherte sich in unvorsichtiger Weise. Er erkannte die Stimme des Sängers wieder, der eine lange Liste verlas: „Drei Maschinengewehre!“ — „Aus dem Dunkel antwortete man: „Hier!“ — „Voll Munitionskassetten!“ — „Hier!“

Knight notierte die Zahlen auf. Da fiel plötzlich der Bord-scheinwerfer mitten auf den Platz an dem er saß. Ein Schrei ertönte: „Verräter!“ Schöne Knallen in die Nacht. Der Gelegenheitsreporter blieb unverletzt. Man führte ihn an einen Ort, wo er nicht mehr Schaden konnte. Während man ihn mit Kolbenhöhe über die Dünen trieb, sah er am Himmel die Lichter des Dreimotors, der den Posten der Atlantik Linie verließ. Doch wie konnte er ihm die Sensation übermitteln: „Amerikanischer Geologe wohnt Ausladung geheimen Waffenladung am Rio de Oro bei!“

Niemand hat Francis R. Knight je wiedergegesehen. Der Bürgermeister seiner Geburtsstadt West-Vien in Colorado jendet noch heute alljährlich einen Einjährigbrief an die „Städtischen Behörden von Rio de Oro“ in dem er darum ersucht, die Kanonen zu verfolgen und zu beschaffen, die einen amerikanischen Bürger entführt haben. M.F.P.

Die Profession der Schriftsteller

Die amerikanischen Schriftstellerverbände veranstalten alljährlich eine amüsante Kundgebung gegen diejenigen Verleger, die aus lauter Angst vor einem Mißo jungen Talente nicht zu fördern wagen. Die erfolgreichsten Schriftsteller ziehen in geschlossener Prozession vor denjenigen Verlag, bei dem sie in ihrer Jugend abgelehnt worden sind, und einer vor ihnen stellt sich in der Einigkeit mit ablehnenden Gebärden hin und hält vor dem sich immer zahlreich einfindenden Publikum eine Rede, wie schiedlich er das Manuskript des in bitterer Stellung nebenan stehenden, heute sehr berühmten Schriftstellers gefunden habe, so daß man ihm einen Druck des Werkes unmöglich hätte zumuten können. Diese Demonstration soll tatsächlich oft zur Folge gehabt haben, daß die Verleger, vor deren Toren sich die vielbelächelte Szene abspielte, nunmehr zugänglicher werden.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Sport-Turnen-Spiel

Die Beschlüsse des polnischen Wirtschaftsrates

Entsprechen sie den Erwartungen?

Auf der Tagung des polnischen Wirtschaftsrates wurde eine Reihe von Resolutionen, die von den eingeleiteten Ausschüssen vorgelegt wurden, angenommen. Es wird bei den kurzfristigen Krediten eine Reduzierung der Depositionszinssatz und eine vergrößerte Teilnahme der Privatbanken an kurzfristigen Kreditoperationen gefordert. Bei den langfristigen Krediten wurde dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß die Finanzinstitutionen einen Teil ihrer großen Rücklagen zum Ankauf langfristiger Wertpapiere an den Börsen verwenden sollten, wodurch eine Steigerung des Kursniveaus derartiger Papiere erreicht werden würde. Der Ausschuss für öffentliche Arbeiten stellte ein Mißverhältnis zwischen dem Volkseinkommen und den öffentlichen Belastungen fest. Augenblicklich sei zwar nicht der geeignete Moment, um grundsätzliche Reformen durchzuführen, jedoch ließen sich schon jetzt eine Reihe von Erleichterungen schaffen. Unter anderem sollen die Leistungen an die Sozialversicherungen gesenkt werden.

Im Ausschuss für Außenhandel ist es gelungen, trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten zwischen Landwirtschaft und Industrie eine einstimmige Resolution herbeizuführen, durch die eine Bevorzugung inländischer Rohstoffe und Einfuhrerleichterungen für diejenigen Rohstoffe gefordert werden, für die Schutzmaßnahmen auf dem Binnenmarkt bestehen. Die Resolution fordert ferner eine Unterstützung des Exportes, insbesondere durch die Gewährung von Exportkrediten. Derselbe Gegenstand zwischen Industrie und Landwirtschaft wie im Ausschuss für Außenhandel, der dort zu der Forderung einer Erhöhung der Einfuhrzölle für ausländische Rohstoffe führte, ließ sich auch im Ausschuss für Binnenhandel festhalten. Besonders Augenmerk wurde jedoch der Frage der Rationalisierung des Binnenhandels gewidmet. Im Ausschuss für Privatinitiativen kam zum Ausdruck, daß die Privatinitiativen durch eine Stärkung des Geldmarktes unterstützt werden müsse, ferner soll die Bekämpfung von Spekulationen, die eine stabile Kalkulationsgrundlage geschaffen wird. Die Preislenkungsaktion müsse mit der Rentabilität der Betriebe und der Befähigung der Privatinitiativen in Einklang gebracht werden. Derselbe Standpunkt müsse auch für eine Revision der Regierungspolitik gegenüber den Kartellen maßgebend sein. Der Ausschuss für öffentliche Investitionen nahm einen Beschluß an, daß öffentliche Investitionen nur in den Grenzen der zur Verfügung stehenden Geldmittel gemacht werden dürfen. Auch dabei müßten diejenigen Unternehmungen besondere Bevorzugung finden, in denen inländische Rohstoffe verarbeitet werden.

Die Ergebnisse der Konferenz dürften den gegebenen Erwartungen wohl nicht in vollem Umfange entsprechen. Denn neue Wege sind kaum gezeigt worden. Vielmehr fanden im wesentlichen nur die Gesichtspunkte, von denen sich die Regierung schon in ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik leitete, eine Unterbrechung durch die Meinungsäußerung der Wirtschaftskreise.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die Mittel aus vergeblich erwarteten, die die „Gazeta Polska“ in einem Artikel aus der Feder des früheren Finanzministers Olski als diejenigen der künftigen polnischen Wirtschaftspolitik bezeichnet. Dieser führt aus, daß die Beratungen nur dann ihres Zweckes erfüllen würden, wenn sie zu einmütigen Beschlüssen darüber führen, wie eine Bekämpfung der Wirtschaftslage Polens anzugehen sei, und wenn die getroffenen Beschlüsse dann auch zeitlich zur Ausführung gelangen. Die Wege zu einer Bekämpfung sieht Olski in folgenden: Einschränkung der Kreditgewährung an die öffentliche Hand, weil dadurch eine Vertiefung der Kredit- und Finanzierung der Wirtschaft erfolgt, Beendigung der Umwälzungspolitik, besonders in der Landwirtschaft, Auflösung der Rohstoffkartelle, namentlich des Kohlen- und des Eisenkartells, weil deren Fortbestand im großen Maße der Sättigung der Wirtschaft zwischen Landwirtschafts- und Industrieerzeugnissen hinderlich ist. Revision des Zolltarifs verbunden mit einer Herabsetzung der Einfuhrzölle für industrielle Erzeugnisse, und schließlich eine Senkung der öffentlichen Lasten durch Erparnisse in den Ausgaben der öffentlichen Hand. Ein Teil dieser Ansichten ist auch von der Wirtschaftslage vertreten worden. Ein weiterer aber nicht unwichtiger Teil sind jedoch, wie aus den Beschlüssen hervorgeht, nicht die Billigung der Wirtschaftskreise. Letztes Endes aber wird die Möglichkeit Polens, der Stromlinien Schwierigkeiten Herr zu werden, nicht von den Resolutionen der Wirtschaftskontoren abhängen, sondern von der Fähigkeit der Regierung, die Verhältnisse zu verbessern.

Danziger Marktberichte

Der Holzmarkt läßt in seiner Allgemeintendenz die Auswirkungen des ungünstigen Winters immer mehr in Erscheinung treten. Es fehlt schon jetzt sehr, daß die von den hiesigen Exporteuren in Polen eingeführten Hölzer, die in den Wintermonaten nicht aus den Wäldern abtransportiert werden konnten, zu einem nicht unbeträchtlichen Teile bis zum nächsten Winter in den Wäldern in gelagertem Zustand verbleiben müssen. Infolge aller dieser Zusammenhänge werden sich die nach Danzig herbeiströmenden Hölzer weniger. Die Aufträge aus dem Ausland waren zwar in der Berichtsmoche sehr mäßig. Das Angebot aus Danzig war demgegenüber jedoch noch kleiner. Die jetzt nach Danzig herbeiströmenden Sendungen werden nicht zu verächtlicher Erfüllung von Verträgen, deren Lieferterminen schon verstrichen sind. Es ist daher anzunehmen, daß die Preise für zum wenigsten bleiben werden, unangenehm, daß nicht irgendeine finanzielle Depression in Danzig die Exporteure zwingt, mit Rücksicht zu verfahren. Die Aufträge auf dem europäischen Markt, dem Haupt- und Danziger Holzmarkt, erscheinen ebenfalls nicht ungenügend. Nachdem inwieweit der ungünstigen Fälle die Danziger Holzmarkt im Ausland für möglich eingeschätzt werden war, dürfte nach Bisherigem der Danziger Holzmarkt ein bestimmtes oder ein Steigerung als ein Aufschwung der Preise zu erwarten sein. Angebote mit reduzierten Preisen nach dem Ausland kommen daher in Danzig zur Zeit nicht vor.

Einige Danziger Holzexporteure sind in der Erwartung nach England gereist. Einer der bedeutendsten von ihnen hat nach seiner Rückkehr der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Markt in England stabil und er mit den dort für sich erzielten Erträgen sehr zufrieden ist.

Was die Preise betrifft, so haben sich Holzpreise für Reichholz gegenüber dem Stand in der Vormoche nicht geändert, während Hartholz eine leicht ansteigende Tendenz zeigt.

Auf dem Getreidemarkt herrscht in der Berichtsmoche absolute Ruhe. Was die allgemeine Lage betrifft, so zeigen Getreide in Polen rechtlichen ist. Das Angebot ist bisher ausreichend sehr reichlich.

Getreide: Es besteht garzweit sehr gute Nachfrage nach Weizen und Roggen und Durchschnittspreisen. Für Weizen beträgt jetzt 13,5 Zl. und für Roggen 12,5 Zl.

Pfund 15,80 Zl. Der Absatz für Qualitätsgersten nach dem Ausland ist augenblicklich schwieriger. Es hat den Anschein, als ob die ausländischen Brauereien ihren Bedarf gedeckt haben. Qualitätsgersten werden in Danzig augenblicklich nur von einigen Firmen, die sich für alte Kontrakte einzudecken haben, zu Preisen bis 18 1/2 Zl. gekauft.

In Roggen ist das Angebot sehr klein. Man bezahlt hierfür 13,85-13,90 Zl. Weizen hat sich wesentlich abgeschwächt. Für Buntweizen 123/9 Pfund erzielt man 19,75, für Weißweizen 20,10 Zl.

Für Hafer zahlt man je nach Qualität 14 1/2-16 Zl. Der Preis von 14 1/2 Zl. bezieht sich auf kongreßpolnischen Durchschnittshafer, während pommerellischer und polener Hafer lt. Muster 15 1/2-16 Zl. erzielt.

Hälfenfrüchte: Der Absatz ruht immer noch. Der Absatz nach dem Ausland ist fast gleich null. Zwar ist aus der Provinz Angebot vorhanden, es findet jedoch infolge der geringen Kaufkraft des Auslandes keine Aufnahme. Bittoria-Erbien erzielen 21-25, grüne Erbien 19-22, Peluschen 23-24 und Bida 22-23 Zl.

Getreide: Nachdem die hiesigen Exporteure ihren Bedarf für die von ihnen getätigten Lieferungsverträge nach Ausland eingedeckt haben — eine Tatsache, die wieder die Bedeutung des Auslandgebiets für Danzig unterstreicht — sind nunmehr die Preise für Roggen nicht unbedeutend gesunken. Es ist augenblicklich schwer, hierfür zu einem Preis von 13-15 Zl. Käufer zu finden. Weizen ist nach wie vor vernachlässigt. Es sind nur prima Qualitäten aus der letzten Ernte zu einem Preise von 90-100 Zl. unterzubringen. Desfaaten sind ohne Geschäft.

Auf dem Getreidemarkt war der Absatz von den hiesigen Lagern in der Berichtsmoche durchaus befriedigend. Die Bestände an neuen Jahreserträgen sind stark gelichtet. Die unverkauften Bestände bei den hiesigen Importeuren sind ziemlich gering, so daß die Bestände an neuen Jahreserträgen in kurzer Zeit ziemlich geräumt sein dürften. Bei den sonstigen Beständen besteht für Erbsen nur kleinere Nachfrage, doch konnte sich trotzdem hierfür der Preis behaupten. Sehr gefragt sind auch weiterhin feinstallende Norweger, insbesondere 10/1200 und 12/1400. Der Preis hierfür ist 16-18 Zl. Die Maties-Bestände sind ebenfalls stark reduziert. Die Importeure sind hierin ziemlich unverkauft. Während der Fodenzzeit dürfte weiterhin mit befriedigenden Verkäufen zu rechnen sein. Neue Ankünfte sind bis auf den Dampfer aus Norwegen nicht zu verzeichnen.

Aus Polen

Polens Rohstoffexporte. Aus den Berechnungen bergbau- und Geologen ist zu ersehen, daß die Rohstoffexporte Polens recht bedeutend sind. Das Kohlenvorkommen wird mit 72 Milliarden Tonnen angegeben. Die jährliche Jahresförderung schwankt zwischen 25-30 Mill. Tonnen. Die Vorräte an Braunkohle werden mit 49 Milliarden Tonnen und von Loz mit 2 1/2 Milliarden Tonnen angegeben. Es ist bekannt, daß das Erdbödenvorkommen in Galizien immer weniger ergiebig ist. Die vorhandenen Vorräte werden mit 160 Mill. Tonnen angegeben, während die jährliche Förderung 60000 Tonnen beträgt. Die vorhandenen Eisenerze wurden mit 165 Mill. T. angegeben, die Jahresförderung mit 160000 T. Das Zinkvorkommen in Polen steht vor seinem endgültigen Abbau. Die Vorräte werden mit 25 Mill. T. berechnet und dürften noch für 40 Jahre reichen. Au Zink; besitzt Polen einen Vorrat von 59 Milliarden Tonnen und an Kalisolen einen solchen von 40 Mill. Tonnen.

Neuer Direktor bei der Bank Polska. Seitern, am 3. März, fand unter Vorsitz des Präsidenten Adam Rec eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrates der Bank Polska statt, an der Dr. Kowal, der bisherige Chef des Wirtschaftsbüros des Ministerrates, zum Unterdirektor der Bank Polska berufen wurde. Nach dem Statuten der Bank ist zur endgültigen Ernennung die Zustimmung des Finanzministers erforderlich, an deren Erteilung nicht zu zweifeln sein dürfte.

Die Leder-Exportwarenindustrie beginnt in zunehmendem Maße damit, sich ausländische, insbesondere die überseeischen Absatzmärkte zu erschließen. Es ist es, z. B. gelungen, in Argentinien mit bedruckten Hammockmatten und Strohmatten gut das Geschäft zu treiben. Während Argentinien im vorigen Jahre 1935 nur für 100000 Hekt. Leder Exportwaren ausfuhr, konnte in den ersten zwei Monaten 1936 bisher schon für 130000 Hekt. dorthin abgesetzt werden. Auch Mittelamerika zeigt zunehmende Nachfragefähigkeit für Lederwaren zu zeigen. Die ersten größten Aufträge aus Nicaragua lieferte Kalkofe nach Guatemala, Guatemala und Columbia, wobei bisher nur kleine Mengen gingen. Hierin steht in der Zeit ein Brückenschlag nach dem Jahre 1935 für 800000 Hekt. Leder Exportwaren gegenüber 300000 Hekt. in 1934 an. Ähnlich hohen Leder Exportwaren jährlich nachlässige Aufträge aus Nicaragua von fast 200000 Hekt. erhalten. Auch der Export Leder Exportwaren nach Afrika läßt sich gut an. Die Erzeugung der Lederwaren dürfte nicht zuletzt aus die neue polnische Exportexpansion zu verzeichnen sein.

Ständige Vertreter. Nach einer Fortsetzung des Wirtschaftsvertrages der Wirtschaftskontoren in Polen, hat die Lage auf dem Getreidemarkt in den letzten Zeitmonaten eine weitere Verschärfung erfahren. Der Danziger Markt befindet sich ruhiger Tendenz; im 2. und 1. und 2. und 3. und 4. und 5. und 6. und 7. und 8. und 9. und 10. und 11. und 12. und 13. und 14. und 15. und 16. und 17. und 18. und 19. und 20. und 21. und 22. und 23. und 24. und 25. und 26. und 27. und 28. und 29. und 30. und 31. und 32. und 33. und 34. und 35. und 36. und 37. und 38. und 39. und 40. und 41. und 42. und 43. und 44. und 45. und 46. und 47. und 48. und 49. und 50. und 51. und 52. und 53. und 54. und 55. und 56. und 57. und 58. und 59. und 60. und 61. und 62. und 63. und 64. und 65. und 66. und 67. und 68. und 69. und 70. und 71. und 72. und 73. und 74. und 75. und 76. und 77. und 78. und 79. und 80. und 81. und 82. und 83. und 84. und 85. und 86. und 87. und 88. und 89. und 90. und 91. und 92. und 93. und 94. und 95. und 96. und 97. und 98. und 99. und 100. und 101. und 102. und 103. und 104. und 105. und 106. und 107. und 108. und 109. und 110. und 111. und 112. und 113. und 114. und 115. und 116. und 117. und 118. und 119. und 120. und 121. und 122. und 123. und 124. und 125. und 126. und 127. und 128. und 129. und 130. und 131. und 132. und 133. und 134. und 135. und 136. und 137. und 138. und 139. und 140. und 141. und 142. und 143. und 144. und 145. und 146. und 147. und 148. und 149. und 150. und 151. und 152. und 153. und 154. und 155. und 156. und 157. und 158. und 159. und 160. und 161. und 162. und 163. und 164. und 165. und 166. und 167. und 168. und 169. und 170. und 171. und 172. und 173. und 174. und 175. und 176. und 177. und 178. und 179. und 180. und 181. und 182. und 183. und 184. und 185. und 186. und 187. und 188. und 189. und 190. und 191. und 192. und 193. und 194. und 195. und 196. und 197. und 198. und 199. und 200. und 201. und 202. und 203. und 204. und 205. und 206. und 207. und 208. und 209. und 210. und 211. und 212. und 213. und 214. und 215. und 216. und 217. und 218. und 219. und 220. und 221. und 222. und 223. und 224. und 225. und 226. und 227. und 228. und 229. und 230. und 231. und 232. und 233. und 234. und 235. und 236. und 237. und 238. und 239. und 240. und 241. und 242. und 243. und 244. und 245. und 246. und 247. und 248. und 249. und 250. und 251. und 252. und 253. und 254. und 255. und 256. und 257. und 258. und 259. und 260. und 261. und 262. und 263. und 264. und 265. und 266. und 267. und 268. und 269. und 270. und 271. und 272. und 273. und 274. und 275. und 276. und 277. und 278. und 279. und 280. und 281. und 282. und 283. und 284. und 285. und 286. und 287. und 288. und 289. und 290. und 291. und 292. und 293. und 294. und 295. und 296. und 297. und 298. und 299. und 300. und 301. und 302. und 303. und 304. und 305. und 306. und 307. und 308. und 309. und 310. und 311. und 312. und 313. und 314. und 315. und 316. und 317. und 318. und 319. und 320. und 321. und 322. und 323. und 324. und 325. und 326. und 327. und 328. und 329. und 330. und 331. und 332. und 333. und 334. und 335. und 336. und 337. und 338. und 339. und 340. und 341. und 342. und 343. und 344. und 345. und 346. und 347. und 348. und 349. und 350. und 351. und 352. und 353. und 354. und 355. und 356. und 357. und 358. und 359. und 360. und 361. und 362. und 363. und 364. und 365. und 366. und 367. und 368. und 369. und 370. und 371. und 372. und 373. und 374. und 375. und 376. und 377. und 378. und 379. und 380. und 381. und 382. und 383. und 384. und 385. und 386. und 387. und 388. und 389. und 390. und 391. und 392. und 393. und 394. und 395. und 396. und 397. und 398. und 399. und 400. und 401. und 402. und 403. und 404. und 405. und 406. und 407. und 408. und 409. und 410. und 411. und 412. und 413. und 414. und 415. und 416. und 417. und 418. und 419. und 420. und 421. und 422. und 423. und 424. und 425. und 426. und 427. und 428. und 429. und 430. und 431. und 432. und 433. und 434. und 435. und 436. und 437. und 438. und 439. und 440. und 441. und 442. und 443. und 444. und 445. und 446. und 447. und 448. und 449. und 450. und 451. und 452. und 453. und 454. und 455. und 456. und 457. und 458. und 459. und 460. und 461. und 462. und 463. und 464. und 465. und 466. und 467. und 468. und 469. und 470. und 471. und 472. und 473. und 474. und 475. und 476. und 477. und 478. und 479. und 480. und 481. und 482. und 483. und 484. und 485. und 486. und 487. und 488. und 489. und 490. und 491. und 492. und 493. und 494. und 495. und 496. und 497. und 498. und 499. und 500. und 501. und 502. und 503. und 504. und 505. und 506. und 507. und 508. und 509. und 510. und 511. und 512. und 513. und 514. und 515. und 516. und 517. und 518. und 519. und 520. und 521. und 522. und 523. und 524. und 525. und 526. und 527. und 528. und 529. und 530. und 531. und 532. und 533. und 534. und 535. und 536. und 537. und 538. und 539. und 540. und 541. und 542. und 543. und 544. und 545. und 546. und 547. und 548. und 549. und 550. und 551. und 552. und 553. und 554. und 555. und 556. und 557. und 558. und 559. und 560. und 561. und 562. und 563. und 564. und 565. und 566. und 567. und 568. und 569. und 570. und 571. und 572. und 573. und 574. und 575. und 576. und 577. und 578. und 579. und 580. und 581. und 582. und 583. und 584. und 585. und 586. und 587. und 588. und 589. und 590. und 591. und 592. und 593. und 594. und 595. und 596. und 597. und 598. und 599. und 600. und 601. und 602. und 603. und 604. und 605. und 606. und 607. und 608. und 609. und 610. und 611. und 612. und 613. und 614. und 615. und 616. und 617. und 618. und 619. und 620. und 621. und 622. und 623. und 624. und 625. und 626. und 627. und 628. und 629. und 630. und 631. und 632. und 633. und 634. und 635. und 636. und 637. und 638. und 639. und 640. und 641. und 642. und 643. und 644. und 645. und 646. und 647. und 648. und 649. und 650. und 651. und 652. und 653. und 654. und 655. und 656. und 657. und 658. und 659. und 660. und 661. und 662. und 663. und 664. und 665. und 666. und 667. und 668. und 669. und 670. und 671. und 672. und 673. und 674. und 675. und 676. und 677. und 678. und 679. und 680. und 681. und 682. und 683. und 684. und 685. und 686. und 687. und 688. und 689. und 690. und 691. und 692. und 693. und 694. und 695. und 696. und 697. und 698. und 699. und 700. und 701. und 702. und 703. und 704. und 705. und 706. und 707. und 708. und 709. und 710. und 711. und 712. und 713. und 714. und 715. und 716. und 717. und 718. und 719. und 720. und 721. und 722. und 723. und 724. und 725. und 726. und 727. und 728. und 729. und 730. und 731. und 732. und 733. und 734. und 735. und 736. und 737. und 738. und 739. und 740. und 741. und 742. und 743. und 744. und 745. und 746. und 747. und 748. und 749. und 750. und 751. und 752. und 753. und 754. und 755. und 756. und 757. und 758. und 759. und 760. und 761. und 762. und 763. und 764. und 765. und 766. und 767. und 768. und 769. und 770. und 771. und 772. und 773. und 774. und 775. und 776. und 777. und 778. und 779. und 780. und 781. und 782. und 783. und 784. und 785. und 786. und 787. und 788. und 789. und 790. und 791. und 792. und 793. und 794. und 795. und 796. und 797. und 798. und 799. und 800. und 801. und 802. und 803. und 804. und 805. und 806. und 807. und 808. und 809. und 810. und 811. und 812. und 813. und 814. und 815. und 816. und 817. und 818. und 819. und 820. und 821. und 822. und 823. und 824. und 825. und 826. und 827. und 828. und 829. und 830. und 831. und 832. und 833. und 834. und 835. und 836. und 837. und 838. und 839. und 840. und 841. und 842. und 843. und 844. und 845. und 846. und 847. und 848. und 849. und 850. und 851. und 852. und 853. und 854. und 855. und 856. und 857. und 858. und 859. und 860. und 861. und 862. und 863. und 864. und 865. und 866. und 867. und 868. und 869. und 870. und 871. und 872. und 873. und 874. und 875. und 876. und 877. und 878. und 879. und 880. und 881. und 882. und 883. und 884. und 885. und 886. und 887. und 888. und 889. und 890. und 891. und 892. und 893. und 894. und 895. und 896. und 897. und 898. und 899. und 900. und 901. und 902. und 903. und 904. und 905. und 906. und 907. und 908. und 909. und 910. und 911. und 912. und 913. und 914. und 915. und 916. und 917. und 918. und 919. und 920. und 921. und 922. und 923. und 924. und 925. und 926. und 927. und 928. und 929. und 930. und 931. und 932. und 933. und 934. und 935. und 936. und 937. und 938. und 939. und 940. und 941. und 942. und 943. und 944. und 945. und 946. und 947. und 948. und 949. und 950. und 951. und 952. und 953. und 954. und 955. und 956. und 957. und 958. und 959. und 960. und 961. und 962. und 963. und 964. und 965. und 966. und 967. und 968. und 969. und 970. und 971. und 972. und 973. und 974. und 975. und 976. und 977. und 978. und 979. und 980. und 981. und 982. und 983. und 984. und 985. und 986. und 987. und 988. und 989. und 990. und 991. und 992. und 993. und 994. und 995. und 996. und 997. und 998. und 999. und 1000. und 1001. und 1002. und 1003. und 1004. und 1005. und 1006. und 1007. und 1008. und 1009. und 1010. und 1011. und 1012. und 1013. und 1014. und 1015. und 1016. und 1017. und 1018. und 1019. und 1020. und 1021. und 1022. und 1023. und 1024. und 1025. und 1026. und 1027. und 1028. und 1029. und 1030. und 1031. und 1032. und 1033. und 1034. und 1035. und 1036. und 1037. und 1038. und 1039. und 1040. und 1041. und 1042. und 1043. und 1044. und 1045. und 1046. und 1047. und 1048. und 1049. und 1050. und 1051. und 1052. und 1053. und 1054. und 1055. und 1056. und 1057. und 1058. und 1059. und 1060. und 1061. und 1062. und 1063. und 1064. und 1065. und 1066. und 1067. und 1068. und 1069. und 1070. und 1071. und 1072. und 1073. und 1074. und 1075. und 1076. und 1077. und 1078. und 1079. und 1080. und 1081. und 1082. und 1083. und 1084. und 1085. und 1086. und 1087. und 1088. und 1089. und 1090. und 1091. und 1092. und 1093. und 1094. und 1095. und 1096. und 1097. und 1098. und 1099. und 1100. und 1101. und 1102. und 1103. und 1104. und 1105. und 1106. und 1107. und 1108. und 1109. und 1110. und 1111. und 1112. und 1113. und 1114. und 1115. und 1116. und 1117. und 1118. und 1119. und 1120. und 1121. und 1122. und 1123. und 1124. und 1125. und 1126. und 1127. und 1128. und 1129. und 1130. und 1131. und 1132. und 1133. und 1134. und 1135. und 1136. und 1137. und 1138. und 1139. und 1140. und 1141. und 1142. und 1143. und 1144. und 1145. und 1146. und 1147. und 1148. und 1149. und 1150. und 1151. und 1152. und 1153. und 1154. und 1155. und 1156. und 1157. und 1158. und 1159. und 1160. und 1161. und 1162. und 1163. und 1164. und 1165. und 1166. und 1167. und 1168. und 1169. und 1170. und 1171. und 1172. und 1173. und 1174. und 1175. und 1176. und 1177. und 1178. und 1179. und 1180. und 1181. und 1182. und 1183. und 1184. und 1185. und 1186. und 1187. und 1188. und 1189. und 1190. und 1191. und 1192. und 1193. und 1194. und 1195. und 1196. und 1197. und 1198. und 1199. und 1200. und 1201. und 1202. und 1203. und 1204. und 1205. und 1206. und 1207. und 1208. und 1209. und 1210. und 1211. und 1212. und 1213. und 1214. und 1215. und 1216. und 1217. und 1218. und 1219. und 1220. und 1221. und 1222. und 1223. und 1224. und 1225. und 1226. und 1227. und 1228. und 1229. und 1230. und 1231. und 1232. und 1233. und 1234. und 1235. und 1236. und 1237. und 1238. und 1239. und 1240. und 1241. und 1242. und 1243. und 1244. und 1245. und 1246. und 1247. und 1248. und 1249. und 1250. und 1251. und 1252. und 1253. und 1254. und 1255. und 1256. und 1257. und 1258. und 1259. und 1260. und 1261. und 1262. und 1263. und 1264. und 1265. und 1266. und 1267. und 1268. und 1269. und 1270. und 1271. und 1272. und 1273. und 1274. und 1275. und 1276. und 1277. und 1278. und 1279. und 1280. und 1281. und 1282. und 1283. und 1284. und 1285. und 1286. und 1287. und 1288. und 1289. und 1290. und 1291. und 1292. und 1293. und 1294. und 1295. und 1296. und 1297. und 1298. und 1299. und 1300. und 1301. und 1302. und 1303. und 1304. und 1305. und 1306. und 1307. und 1308. und 1309. und 1310. und 1311. und 1312. und 1313. und 1314. und 1315. und 1316. und 1317. und 1318. und 1319. und 1320. und 1321. und 1322. und 1323. und 1324. und 1325. und 1326. und 1327. und 1328. und 1329. und 1330. und 1331. und 1332. und 1333. und 1334. und 1335. und 1336. und 1337. und 1338. und 1339. und 1340. und 1341. und 1342. und 1343. und 1344. und 1345. und 1346. und 1347. und 1348. und 1349. und 1350. und 1351. und 1352. und 1353. und 1354. und 1355. und 1356. und 1357. und 1358. und 1359. und 1360. und 1361. und 1362. und 1363. und 1364. und 1365. und 1366. und 1367. und 1368. und 1369. und 1370. und 1371. und 1372. und 1373. und 1374. und 1375. und 1376. und 1377. und 1378. und 1379. und 1380. und 1381. und 1382. und 1383. und 1384. und 1385. und 1386. und 1387. und 1388. und 1389. und 1390. und 1391. und 1392. und 1393. und 1394

Japans Finanznot

Das „Prager Tagblatt“ beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Hintergründen des japanischen Futichversuchs. Es führt folgendes aus: Der japanische Futich hat die politische und wirtschaftliche Situation der fernöstlichen Großmacht beleuchtet. Die Kräfte der Futichisten haben die Kräfte zu treffen gesucht, die einer weiteren militärischen Expansion Japans und eine Vereinfachung der europäischen Einflüsse in Regierungsausschüssen und Wirtschaftskreisen im Weg zu stehen schienen. Als Symbol dieser Kräfte ist Finanzminister Takahashi ermordet worden. Symbolisch scheint sein Schicksal zu sein für die unläsliche Gegenläufigkeit zwischen den Forderungen der Militärkreise und der Rückständigkeit der gewöhnlichen Staatsfinanzen des Inselreichs verhalten.

Nach vor kurzem sah es aus, als sei es gelungen, diese Gegensätze bei Verabreichung des letzten Staatshaushalts einzuwickeln auszugleichen; die jetzigen Vorgänge haben aber bewiesen, daß es sich nur um einen Scheinausgleich gehandelt hatte. In der Warnung Takahashis vor weiteren militärischen Geldforderungen, einer Warnung, die von der Angst vor Inflation diktiert war, erblickten die radikalen Militärkreise nur einen geenerischen Schwachsinn, eine Seite der Greifenhaftigkeit. In einer Ansbolanzierung des Budgets sah Takahashi eine starke Basis für Japans Finanzen im Fall eines Krieges, andererseits er Japan auf ausländische Finanzhilfe angewiesen wußte.

Man hat sich klar, daß annähernd 70 Prozent aller Staatsausgaben in Japan auf militärische Verwendungszwecke entfielen, während es vor vier Jahren nur die Hälfte gewesen war, und daß infolgedessen alle zivilen Ausgaben der Verwaltung auf den Anleiheweg angewiesen waren, erkennt man, auf welcher Seite die wirtschaftliche Vernunft geblieben war. Die Gesamtansgaben Japans sind zur Zeit doppelt so hoch wie am Ende des Weltkrieges. Demgegenüber sind die Staatseinnahmen nur unwesentlich gestiegen und hinter den Voranschritten stark zurückgeblieben. Dieser Tatbestand zeigt, daß die Situation der japanischen Industrie schwierig ist. Auch die Lage der Landwirtschaft ist unbefriedigend, und nur dadurch, daß ihre Erträge auf niedrigem Stand gehalten worden sind, konnten auch die dem japanischen Export dienlichen niedrigeren Industriepreise bewahrt werden. Sehr hoch ist die Steuerlast die auf den Schultern der Bevölkerung liegt, und eine weitere Aufbahrung durch neue Anleihen würde den Grad des Ertragsrückgangs überdreiheiten.

Andererseits hat die japanische Wirtschaft erhebliche Reserven und die Abnahme befinden sich durch geschickt operierende Handelspolitik noch in Vorbereitung. Die Anfahrverluste durch den chinesischen Bankrott sind zum größten Teil wieder ausgeglichen. Mit dem Anziehen der internationalen Rohstoffpreise ist auch der Preis für Rohstoffe und des Meises wieder in die Höhe gegangen. Aber weder diese Tatsachen noch die von Japan ausgenutzte Unterwertigkeit des Yen, der auf dem Stand von einem Drittel der Goldparität liegt, vermögen ein ausreichendes Gegengewicht gegen die Finanznot zu bilden.

Im Geiste Kant

Dem Einzug des Völkerbundes in sein neues Heim widmet die „National-Zeitung“ einen Artikel „Von Wilson bis Hitler“, in dem es u. a. heißt:

„In der Völkerbund noch nicht ein alle beherrschender Gedanke, so wurde er doch zu einem von vielen benutzten wirksamen politischen Instrument. Sind die Staaten nicht völlig in ihn hineingewachsen, so ist er doch mächtig in sie eingedrungen. Deklamationen früher die Delegierten schöner und lebhafter in Genf als heute, um ihre Deklamationen nach der Rückkehr in ihre Hauptstädte sofort zu vergessen, so ist der Begriff Genf gegenwärtig in den einzelnen Außenämtern viel lebendiger und ganz erheblich wirksamer geworden. Der Uebergang aus der Nachkriegszeit in eine neue Vorkriegszeit, der unsere Tage charakterisiert, hat dem Völkerbund ein neues und sehr ernstes Gesicht gegeben. Er ist eine diplomatische Wirklichkeit geworden.“

Ein in der diplomatischen Wirklichkeit lebender Völkerbund, der tatsächlich Anaristkriege verhindern oder erschweren, den Machtstierigen die Lust zu Abenteuer nehmen, den demokratischen Gedanken gegen die Diktaturen schützen will, ein solcher Völkerbund entspricht den Notwendigkeiten dieser Zeit. Der neue Palast steht im Dienste der heutigen Völkerbundswirklichkeit. Es wird Sache des künftigen Deutschlands sein, wenn es den ihm zustehenden Platz wieder einnimmt und in dieses Haus den edlen Geist Kant mitbringt, dessen Völkerbundspann in der Schrift „Zum Ewigen Frieden“ tiefer dem deutschen Genius entspringt und auch dem nationalen Interesse des Landes näherkommt als das Buch „Mein Kampf“...

Heidelberg widerruft die Einladungen

Nachdem Birmingham und Oxford abgewinkt haben Nachdem die führenden englischen Universitäten es abgelehnt haben, nach Deutschland zum 50-jährigen Bestehen der Universität Heidelberg Delegationen zu entsenden, befristete die Heidelberger Universität anstehend weitere Abhagen und hat nun die Einladung der englischen wissenschaftlichen Körperschaften zurückgezogen. Der Rektor der Universität Heidelberg hat folgende Erklärung veröffentlicht: „Wie ich aus englischen Freiremeldungen ersehe, ist der akademische Charakter der Einladungen der Universität Heidelberg zu ihrer 50-Jahr-Feier von einer Reihe englischer Persönlichkeiten zu unserem großen Bedauern vor der Definitivität mit politischen Ansichten vermischt worden. Dadurch scheint mir die öffentliche Meinung in einer Weise beeinflusst zu sein, die es einem Engländer schwer macht, ein in freundschaftlicher Gefinnung ergangene Einladung anzunehmen. Um jenen englischen Gelehrten, die durch diese Entwicklung der Dinge in einen Zwiespalt geraten, eine ihnen vielleicht unangenehme Entscheidung zu ersparen, ziehe ich hiermit meine an die britischen Universitäten und Akademien gerichteten Einladungen zurück.“

Danziger Schlepper sollten Hilfe bringen. Gestern traf in Danzig aus Memel die Nachricht ein, daß ein Dampfer 5 Seemeilen nördlich von Memel aufgelaufen sei. Daraufhin liefen Danziger Schlepper zur Unfallstelle aus. Es handelte sich um den Dampfer „Jytte ex Habland“. Das Schiff war leer und ist 1877 Bruttoregistertonnen groß. Es gehört der Reederei Cve Flons, Kopenhagen. Der Kapitän kam jedoch ohne Hilfe wieder los. Die Danziger Schlepper wurden zurückbeordert.

Die Ausbildung der Militärärzte im jetzigen deutschen Heere ist neu geregelt. Unterprimar, die am 1. April 1937 als Sanitätsoffiziersanwärter für das Heer angenommen werden wollen, müssen eine Bewerbung bis spätestens 31. März 1936 beim örtlichen Wehrkreisamte (Wehrkreisärztl. einreichen. Nach erfolgreicher Wassenausbildung Andieren sie als Unterprimar, später Fähnrich (im Sanitätskorps) an der Universität Berlin und werden hierauf in der Militärärztlichen Akademie untergebracht. Die Studientouren müssen im wesentlichen von den Erziehungsberechtigten getragen werden.

Statistik Danziger Zeitungsverbote 1935

Durch eine kürzlich erfolgte Senatsverordnung als Folge des letzten Ratsbeschlusses ist die Handhabung von Zeitungsverboten in Danzig wieder auf die Grundlage gestellt, daß eine richterliche Nachprüfungsmöglichkeit besteht. Nachfolgend geben wir eine Uebersicht über die Zeitungsverbote des vergangenen Jahres. Von 32 Zeitungsverboten wurden betroffen:

- 1 Zeitung mit 2 Tagen Verbot
- 9 Zeitungen mit je 4 Tagen Verbot
- 2 Zeitungen mit je 1 Monat Verbot
- 3 Zeitungen mit je 2 Monaten Verbot
- 1 Zeitung mit 4 Monaten Verbot
- 2 Zeitungen mit je 5 Monaten Verbot
- 11 Zeitungen mit je 6 Monaten Verbot
- 3 Zeitungen mit je 1 Jahr Verbot

Von 27 verbote:en Zeitungen stammten 6 aus Danzig, 12 aus Polen, 3 aus der Tschechoslowakei, 2 aus Memel und je 1 aus Frankreich, Desterreich, der Schweiz und Holland. Von diesen Zeitungen erschienen 15 in deutscher, 11 in polnischer und 1 in jiddischer Sprache. Die scheinbar starke polnische Beteiligung findet seine Erklärung in dem Umstand, daß einmal die „Gazeta Gdansta“ mit 7 Kopfschlägern für je 4 Tage verboten war. Die „Volksstimme“ war an diesen Verböten fünfmal, und zwar zu je 2 Tage, 4 Tage, 1 Monat, 5 Monaten und dann noch mit 4 Wochen beteiligt. Ein Verbot wurde während der Wahl am 11 Tage, ein weiteres um 2 Monate und 12 Tage verkürzt. Daneben erfolgten dann noch 5 Beschlagnahmen und 2 Verurteilungen. Die „Danziger Volkszeitung“ wurde 2mal beschlagnahmt.

Es dürfte heute noch interessieren, was Herr Forster einmal ausgeführt hat, als im Jahre 1932 zwei Nummern seiner eigenen Zeitung verboten waren. Er sagte damals in einer Schützenhausversammlung:

„Das Verbot ist eine Keilspalte für die Partei. Solche Maßnahmen könnten den Kampfgeist nur heben und der Partei neuen Auftrieb geben. Die Nationalsozialisten würden Zeitungen verbieten, die Landes- oder Godverrat betreiben oder die das Ansehen des Volkes in der Dessenlichkeit herabsetzen, niemals aber eine Zeitung, die eine Kritik an der Regierung übe. Insbesondere würden sie keiner Wochenzeitung die Ehre antun, sie für so wichtig zu nehmen, daß sie verboten werden müßte. Dies habe aber die Danziger Regierung getan, und die Nationalsozialisten könnten darauf stolz sein, daß man ihre Wochenzeitung für so wichtig nehme.“

Wenn man aus diesen Ausführungen eine Lehre ziehen will, so ist es die Bestätigung, daß ein Politiker niemals „niemals“ sagen sollte. Aber Herr Forster ist wohl eben kein Politiker. Er hält sich nur für einen solchen.

Unfall-Chronik

Am Montag, gegen 20 Uhr, fuhr der Motorradfahrer Joseph Krause aus Romml mit seinem Motorrad von Dha in Richtung Prast. In der Nähe des Lokals „Drei Schweinsköpfe“ stürzte er infolge Vorderreifenpanne. Mit einem Schädelbruch mußte er ins Krankenhaus geschafft werden.

Beim Verlassen ihrer Wohnung stürzte am Montag, nachmittags, die 52 Jahre alte Ehefrau Charlotte Bieske, Neusefahrsweiler, so unglücklich die Treppen hinunter, daß sie mit einem Wirbelsäulenbruch vom Unfallwagen ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Zustand der Frau ist ernst.

Infolge Gabelbruchs stürzte am Dienstag, gegen 7 Uhr, der Arbeiter Johannes Christ, Bendube, in der Nähe der Breitenbachbrücke so heftig, daß er in bewußtlosem Zustande zum Arzt geschafft werden mußte, der innere Verletzungen und Hautabwühlungen feststellte.

Die 32 Jahre alte Ehefrau Erna Suikowits, Mattenbuden, wurde am Dienstag, gegen 10 Uhr, als sie die K-Franse Mattenbuden überschreiten wollte, von einem Lieferwagen angefahren. Das rechte Vorderrad des Autos rammte die Frau über beide Unterentel. Von dem Unfallwagen wurde die Frau ins Krankenhaus geschafft, wo man Oberentelbrüche feststellte.

Unser Wetterbericht

Volkig und diesig, Temperatur bei 0 Grad Vorhersage für morgen: Volkig und diesig, zeitweilig anklarer, später Trübung, mäßige östliche Winde, Temperaturen bei 0 Grad. Aussichten für Freitag: Bewölkt, vereinzelt Regen, mild. Maximum des letzten Tages: 2,9 Grad. — Minimum der letzten Nacht: —0,3 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Poln. D. „Tczew“ 3. 3. fällig, Pom; norm. D. „Eufater 2“, 5. 3. fällig, Artus; jähwed. D. „Tom“, 5. 3. fällig, Artus; norm. D. „Bignese“, 5. 3. fällig, Artus; norm. D. „Juga 1“, 3. 3. von Natskov, Polko; dt. D. „Baffard“, ca. 5./6. 3. fällig, Lond; no.w. Tank-D. „Marina“, 3. 3. von London, Leer, Bergense; norm. D. „Cuna“, 5. 3. von Gdingen, Güter von Bismarwegen, Bergense; jähwed. D. „Anna Grete“, 5. 3. von Gdingen, leer, Bergense.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Ely“ und D. „Nancy“.

Es liegt auf der Rede vor Gdingen: D. „Mittlappan“.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten veranstaltet am morgigen Donnerstag in der Großen Synagoge an der Reithofn eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Die Teilnahme an dieser Feierstunde ist, ohne Unterschied der Konfession, allen gestattet, die das Andenken der Gefallenen ehren wollen. Die Feier beginnt um 5 Uhr nachmittags.

Im jüdischen Theater hat heute, Mittwoch, Sonja Mattin ihren Ehrenabend. Zur Aufführung gelangt „Mirele Effros“. Näheres siehe im Anzeiger in der heutigen Ausgabe. 86. Geburtstag. Franz Anislawski, Oliba, Kojengasse 33, begeht heute seinen 86. Geburtstag. Er erfreut sich bester Gesundheit und ist auch körperlich noch ziemlich rüstig.

Danziger Standesamt vom 2. März Sterbefälle: Unehelich: 1 Tochter, 6 M. — Sohn des Lapejierers Georg Hennig, fast 5 Mon. — 2 Töchter des Vaders Albert Subaloff, 2 1/2 bzw. 1 Stb. — Verkäuferin Gertrud Hooge, 26 J. — Schuhmacher August Hauptvogel, fast 67 J. — Anna Pelzer, ohne Beruf, fast 46 J. — Tochter des Tischlers Robert Dombrowski, 3 Tage. — Tochter des Arbeiters Wilhelm Anjewski, 1 J. — Sohn des Oberwachmeisters der Schutzpolizei Paul Preuk, 3 Mon. — Witwe Mathilde Bieche geb. Hoffmann, 80 J. — Schneiderin Alara Wilma, fast 43 J. — Sohn des Arbeiters Adolf Mutschak, fast 4 Mon. — Witwe Hedwig Jaraczewer geb. Schwatz, 72 J. — Tochter des Dachdeckers Walter Gbms, 2 Mon.

Am 3. März 1934 führte der „Vorposten“ in einem Wirtschaftsvericht aus:

„Die Danziger Währung stellt eine Goldwährung dar. Die Stabilität des Danziger Gulden ist unbedingt gesichert. Der strengen Währungspolitik der Bank von Danzig ist es r e f l o s gelungen, die neu geschaffene Guldenwährung stabil zu halten und ein vollendetes Vertrauen im In- und Ausland für den Danziger Gulden zu gewinnen.“

Wenn wir auf die schwierigen Verhältnisse der Danziger Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren zurückblicken, so finden wir, daß

die Danziger Währung der ruhende Pol in der Erscheinungen ist

ist. Mit Recht sagt die Handelskammer daher in dem Bericht über das katastrophale Jahr 1925: „Einen Lichtblick in dieser unglücklichen Entwicklung bildet die währungspolitische Lage Danzigs im Jahre 1925. (Lieber Leser, aufgepaßt: 1925 ist richtig, nicht 35!). Es zeigte sich, wie richtig es war, daß Danzig sich nicht der Währung eines anderen Staates anschließen, sondern seine währungsrechtliche Selbständigkeit bewahrt hat. Die Währung nicht nur finanzieller, sondern auch wirtschaftlicher Selbständigkeit muß als fundamentaler Grundpfeiler jeden Staates gelten.“

Der „Vorposten“, der mit der Handelskammer die Währungs politik des Jahres 1925 mit Recht für „richtig“ findet, wird nicht daran gedacht haben, daß damals die „roten Ponzen“ noch etwas, die Nationalsozialisten dagegen noch nichts zu sagen hatten und daß eine Umkehrung die je 3 Verhältnisse auch umgekehrte Wirkungen haben müßte. Als aber die Danziger Währung ins Wackeln kam und aus dem ruhenden Pol eine fliehende Erscheinung wurde, tröstete der „Vorposten“ sich und die Seinen mit der nur ihm eigenen Weisheit: Gulden bleibt Gulden!

Völkerverein in Gdingen gesunken. Gestern verließ in Gdingen beim Einlaufen in das Südbassin der Mutter „Gib. 46“ mit einer Ladung von 70 Zentnern Spinneln. Es gelang, die aus vier Personen bestehende Mannschaft zu retten. In den Abendstunden ist es gelungen, den Mutter zu bergen und zur Küstermole abzuschleppen.

Feldgerichtsbericht vom 4. März 1936, Festgenommen: 13 Personen, davon 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Schleicherei, 2 wegen Zettenergehen, 1 wegen Trunkenheit, 1 zwecks Festnahme.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie

21. Ziehungstag 3. März 1936

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 20000 M.	67617
2 Gewinne zu 10000 M.	301006
2 Gewinne zu 5000 M.	2762
4 Gewinne zu 3000 M.	203338 324067
24 Gewinne zu 2000 M.	17871 78216 112430 153660 180104
218799 219208 245066 269743 300996 375381 397777	
72 Gewinne zu 1000 M.	7249 26942 39336 47152 62255 90780
109520 115446 117041 122049 122343 126344 127859 150004 164930	
173566 182300 216205 230950 241237 260315 266645 278950 280610	
292334 294871 295216 297281 301460 337365 343324 345294 356394	
381910 382028 384776	
102 Gewinne zu 500 M.	7668 18095 21682 25204 67467 71745
75514 76399 82823 85434 95339 98572 100474 105982 113136	
125718 137049 137699 145706 151658 176244 181252 183234 183555	
212637 213670 223169 231856 237378 241594 242782 247958 250773	
256804 260574 263825 274536 275783 277114 286241 289866 296231	
291105 304836 307617 315203 321997 354170 368455 376447 389873	
378 Gewinne zu 300 M.	7279 7633 7975 7936 8117 8631 9632
10467 12976 13733 14135 15607 15337 18403 21672 24289 25196	
29924 31331 31837 31826 33635 33608 36262 36394 44202 46314	
51063 51620 53937 53913 56209 52489 57661 61623 61093 64531	
66412 67236 68219 70729 77102 78305 79337 80139 80991 81433	
83242 83820 85455 86635 92836 99117 101139 104295 105460	
106311 106650 108117 108391 108666 112341 112311 117727 118035	
118267 118288 122343 123256 124610 125660 135165 136520 145539	
147587 148752 151660 153189 154129 157818 158782 160169	
161060 162626 163107 166077 166295 167103 172032 173634 175274	
175787 176430 176314 182093 184325 185156 186684 18770 188427	
189143 192549 193901 197789 199333 199333 199332 201434 201825	
201497 206760 209315 213808 214634 219729 223679 229047 229682	
229858 227093 227478 227275 229553 231177 231262 236176 237224	
240573 245922 249476 249429 253332 254047 265308 263170 263165	
265663 265203 271321 271469 271378 273527 275156 278775 278619	
276593 282465 28437 285440 287166 287997 288304 290888 292993	
292399 292329 295395 301900 302383 312116 316184 321357 323529	
325450 327500 332627 337071 337210 342466 346571 353366 356205	
351494 318161 359289 362302 364978 366621 366152 373137 373146	
375633 377301 378335 381316 386281 393223 395976	

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

6 Gewinne zu 10000 M.	208745 367290 365559
6 Gewinne zu 5000 M.	116331 185868 307374
8 Gewinne zu 2000 M.	82378 125518 24337 298763
12 Gewinne zu 1000 M.	7370 21131 101662 147563 28015 310285
40 Gewinne zu 500 M.	9661 26924 64453 85579 91633 100466
125070 174375 183155 223103 230250 246054 257229 268777 171221	
292520 296417 300334 361600 376038	
92 Gewinne zu 500 M.	5661 13502 39442 50520 55036 76348
76664 91338 92292 93161 101611 102469 102959 120116 124061	
129978 150685 163351 171558 182663 199132 204501 205154 205255	
208210 217739 217133 217691 222100 225122 228097 252025 256839	
261283 265391 268113 271487 271672 324211 325726 330354 330392	
337293 380519 382801 389599	
322 Gewinne zu 300 M.	855 2428 2764 5898 6270 7554 7569 8431
8844 17296 22232 22582 25327 26970 28731 26979 29432 29572	
29908 30566 33639 34631 35712 35556 36215 36955 40731 40862	
43268 43799 46727 57479 56534 61020 62607 71011 72503 72754	
77158 80787 85647 87435 83242 94900 99343 102752 103123 103769	
110173 105399 104256 111815 111951 112421 112343 115172 115408	
118530 126164 128223 129113 130751 132037 132335 134646 136728	
135539 139818 140633 142104 150460 153324 153649 153696 156214	
169715 161037 167752 170966 171369 174729 175649 177473 178771	
185724 189219 190445 191276 194669 195191 19842 203689 206534	
220036 220775 221548 223406 227656 229136 238824 235690 240602	
241000 245064 245206 245344 251176 255229 257029 258876 261784	
263014 265077 268669 269781 270618 274547 274659 27760 284656	
286629 291707 294895 297071 298695 300909 301742 303312 305667	
307275 310022 310272 313103 315870 319261 321265 322304 326284	
329010 332486 332928 336187 338252 341634 355842 356809 357224	
357988 362344 364014 367429 368707 375547 376758 381452 383775	
384037 389241 389282 390113 393939	

Im Gemeinrotte verblieben: 2 Gewinne zu je 100000, 3 zu je 5000, 2 zu je 3000, 6 zu je 2000, 34 zu je 1000, 68 zu je 500, 118 zu je 300, 283 zu je 200, 790 zu je 100, 1442 zu je 50, 5814 zu je 300 Mark.

Wasserstandsrichten der Stromweichel

vom 4. März 1936

	3. 3. 4. 3.		3. 3. 4. 3.
Erdorn	+2.40 +3.70	Montauerstige	+0.57 +2.44
Fordorn	+2.32 +3.06	Riedel	+0.58 +2.64
Gulm	+2.54 +2.57	Dirschau	+0.49 +2.25
Grudenberg	+1.45 +2.87	Eintrape	+2.18 +4.33
Kurzbrad	+1.18 +3.13	Schwenhorst	+2.30 +2.44
	1. 3. 2. 3.		1. 3. 2. 3.
Krafau	-0.20 -0.31	Rond Saag	+2.30 +2.38
Zawickoff	+3.14 +3.20	Brzennil	+3.14 +3.20
Sarichau	+1.83 +3.45	Bucakow	+1.14 +1.10
Plocl	+2.27 +2.05	Pultusk	+1.80 +

Eisbericht der Weichsel vom 4. März

Von Korabniki (Kilometer 684) bis unterhalb Chelano (Kilometer 812) Eisstreifen in zwei Drittel bzw. ganzer Strombreite. Von hier bis Korzoniowo (Kilometer 867) einzelne Schollen. Abdan bis zur Mündung Eisstreifen in ganzer Strombreite. Eisabtrieb in See langsam. Die Dampfschiffe sind in Betrieb.

